

2009

Die Homepage "atheisten-info.at" wurde im Dezember 2009 eingerichtet. Die Art der inhaltlichen Gestaltung wurde von der Homepage "atheisten.at" übernommen, die es in der damaligen Form jetzt nicht mehr gibt. Was auf der aktuellen Site als "Infos" firmiert, hieß dort "News". Hier aufsteigend geordnet die News von 2009 der Site atheisten.at bis zum Zeitpunkt der Einrichtung von atheisten-info.at.



Erfolgreiches Kirchenaustrittsjahr 2008

Obwohl 2008 im katholischen Bereich keine besonders seltsamen Ereignisse auftraten, ist die Zahl der Ausgetretenen wieder deutlich gestiegen: um 9,6 % auf **40.596**! Wie jedes Jahr gibt es die meisten Austritte sowohl absolut als auch bezüglich der vorhandenen Katholikenzahl in Wien, in Zahlen gefolgt von Graz und Linz, im Bezug auf die Katholikenzahl von Graz und Feldkirch:

Wien	12.934
Graz-Sekau	6.567
Linz	6.497
St. Pölten	3.684
Salzburg	3.307
Gurk/Klhf.	2.525
Innsbruck	2.459
Feldkirch	1.793
Eisenstadt	830

Vergleich der Jahre seit 1995 (samt Beispielen seit 1945):

Jahresvergleich:

Jahr	Austritte	% zu 1995	% z. Vorjahr
1946	2.279	5,14%	
1950	10.482	23,66%	
1960	9.113	20,57%	
1970	18.483	41,72%	
1981	26.380	59,54%	
1990	32.666	73,73%	
1995	44.304	100,00%	100,00%
1996	37.061	83,65%	83,65%
1997	32.195	72,67%	86,87%
1998	38.907	87,82%	120,85%
1999	43.629	98,48%	112,14%
2000	35.711	80,60%	81,85%
2001	33.857	76,42%	94,81%
2002	39.002	88,03%	115,20%
2003	39.584	89,35%	101,49%
2004	51.731	116,76%	130,69%
2005	43.855	98,99%	84,78%
2006	36.645	82,71%	83,56%
2007	37.036	83,60%	101,07%
2008	40.596	91,63%	109,61%

Was allerdings immer noch bedeutet: wenn die Austritte in diesem Ausmass weitergehen, gibt es trotzdem noch gute 2000 Jahre eine katholische Kirche in Österreich. Nicht beurteilen lassen sich die Gewinne und Verluste der katholischen Kirche bezüglich Sterbeüberschuss und Zuwanderungsgewinne, weil dazu keine Statistiken veröffentlicht werden. Die von KathPress veröffentlichten Mitgliederzahlen in den einzelnen Diözesen sind schwer nachvollziehbar, da sich daraus zwangsläufig ergäbe, dass in einigen Diözesen nicht nur der Sterbeüberschuss, sondern zum Teil auch die Austritte kompensiert würden. Die Weise der diesbezüglichen Statistikerstellungen ist nicht bekannt.

Die beste Hilfe in der Wirtschaftskrise?

"Antworten" auf die aktuelle Kapitalismuskrise weiß Kardinal Schönborn im Gratisblatt "Heute" vom 16. Jänner 2009, Finanzkrise, Betriebsschließungen, Personalabbau: *"Darüber müssen wir alle gemeinsam nachdenken. Es geht. Es erfordert gewisse Tugenden, Haltungen, Einstellungen. Es braucht Besinnung auf das, was wesentlich ist. Was? Vor allem Solidarität. Einzelkämpfer werden es schwer haben. Das Netzwerk einer Familie, die zusammenhält, ist ein unbezahlbarer Halt. Die Regierung tut gut dar an, in Krisenzeiten gerade die Familien zu stützen. Österreich hat über 3000 Pfarren. Sie sind ein großartiges Netzwerk der Solidarität. Sie bieten Beheimatung, helfen, Sinn und Orientierung zu finden. Immer mehr Menschen sehen heute: Die Glaubensgemeinschaft ist der stärkste Rückhalt in Zeiten wie diesen. Unsere Alten haben die viel schwereren Notzeiten vor allem durch einen festen, tiefen Glauben an Gott bestanden. Er ist die beste Hilfe!"* Na da kann ja nix mehr schief gehen, der tiefe feste Glaube wird uns erretten! Plus die Solidarität der katholischen Pfarren! Unsere Alten hatten leider seinerzeit zuerst einen festen, tiefen Glauben an den Führer und die daraus resultierenden Notzeiten wurden nicht im Gottesglauben bestanden, sondern zwangsläufig in den notwendigen Arbeiten des Wiederaufbaues. Als Hunderttausende in der Notzeit vor der Führerzeit arbeitslos waren, waren es die Pfarren, die die Ideologie der klerikalfaschistischen Unterdrückung verkündeten, *Beheimatung, Hilfe, Solidarität, Sinn und Orientierung* wurde damals nicht im Geringssten geliefert. "Unsere Alten" hielten damals nicht Jesus, sondern Hitler für den Erlöser. Mit den bekannten Folgen, siehe oben. Darum ist auch in der jetzigen Krisenphase klar, die Kirche ist keine Hilfe mit *"stärkstem Rückhalt"*. Bestenfalls eine sich selbst beweihräuchernde Phrasendrescheranstalt. In Einrichtungen des Sozialstaates, in Bemühungen der Interessensvertretungen kann ganz bestimmt mehr Vertrauen gesetzt werden als in die katholische Götterfiktion. Was sich am selben Tag auf recht kuriose Art im TV in der "Karlich-Show" zeigte: Ein tiefgläubiger Mensch, der überzeugt ist, dass Gott ihm hilft, ist praktischer Weise nebenbei nicht Pfarrgemeinderat, sondern kommunistischer Gemeinderat in Leoben ...

Alte ÖVPLer für neue Priester

Die Kirchenaustritte des Jahres 2008 veranlassten offenbar auch einige Alt-ÖVPLer zu reformerischen Aktivitäten in einer Laieninitiative gegen den Zölibat.

Dr. Andreas Khol, 1130 Wien

Dr Erhard Busek, A-1090 Hahng.6

Dipl. Ing. Friedrich Griess, 3412 Kierling

Dr. Herbert Kohlmaier, 1230 Wien

Unter den ersten vier Unterzeichnern der Forderungen der Initiative sind mit Kohlmaier, Busek und Khol drei bekannte frühere ÖVP-Politiker. Auf der Homepage www.laieninitiative.at heißt es: *Die „Laieninitiative“ ist ein Gruppe von Katholiken, welche über den zunehmenden Priestermangel und den insbesondere im ländlichen Raum damit verbundenen Seelsorgenotstand in den Gemeinden sehr besorgt ist. Die Kirchenleitung lässt aber kein Bemühen erkennen, geeignete Abhilfe zu schaffen. Sie muss offenbar dazu mit allen geeigneten Schritten gedrängt werden. Das Vatikanische Konzil hat die entscheidende Rolle des Gottesvolkes festgestellt. Als dessen Angehörige wollen wir aktiv werden, unsere Stimme erheben und längst notwendige Reformen einfordern. Wir halten den verpflichtenden Zölibat der Geistlichen für überholt. Es sollen ferner neben Inhabern des Priesteramtes auch andere geeignete Personen („Viri probati“) vom Bischof durch Weihe und Ordination zum Leisten wichtiger kirchlicher Dienste - insbesondere zum Leiten der Eucharistiefeier und zum Spenden der Krankensalbung - beauftragt werden können. Wir treten dafür ein, dass Frauen zunächst auch zu Diakoninnen geweiht werden und unterstützen alle geeigneten Maßnahmen, die Pfarrer durch eine wesentlich verstärkte Mitwirkung der Laien an der Seele und der Leitung der Pfarre zu entlasten.*

Diese Initiative geht also auch von der irrigen Vermutung aus, Kirchenaustritte, zurückgehender Kirchenbesuch, schwindender Sakramentenkonsum hätten etwas mit dem katholischen Priestermangel zu tun. Was nachweisbar nicht stimmt. In Deutschland sind die katholische und die evangelische Kirche ungefähr gleich stark. Wenn man die Mitgliederzahlen von 1990 mit 100 ansetzt, dann haben die Evangelischen jetzt noch 81,8 % vom damaligen Bestand, die Katholischen aber 87,6 %. Das wird zwar auch mit der Migration zusammenhängen, aber vornehmlich damit, dass bei den Evangelischen der Sterbeüberhang größer ist und die Austritte mehr sind: Die katholische Kirche ist strikter und fordernder, die evangelische Religion viel deutlicher von der Laisser-faire-Kategorie, sich dort von religiösen Traditionen zu verabschieden, daher weniger gravierend, auszutreten und/oder die Kinder

nicht taufen zu lassen, fällt Menschen aus dem evangelischen Milieu offenbar leichter. Da es aber inzwischen auch in der katholischen Kirche Brauch geworden ist, den früheren rachsüchtigen Gott zu entschärfen, nimmer mit ewiger Verdammnis im brennenden Schwefel zu drohen und mehr von Gottes Güte zu säuseln, wird auch der Katholizismus unverbindlicher. **Die Tradition der Aufklärung zeigt in Europa in unserer Zeit auf religiösem Gebiet deutlich wahrnehmbar ansteigende Wirkung: Religion an sich verliert an Bedeutung, der jungfrau-geborene liebe Jesus und die ewige Seligkeit verkaufen sich mangels glaubwürdiger Substanz zunehmend schlechter. Egal, ob mit oder ohne Zölibat.**

Ratzinger pardonierte Lefebvre-Schismatiker und fördert damit bischöflichen Nazi-Unterstützer

Wie Kathpress am 24.1.2009 meldete, hat der Papst die Exkommunikation der vier lefebvrrianischen Bischöfe aufgehoben, die 1988 vom französischen Erzbischof Marcel Lefebvre (1905-1991) illegal geweiht worden waren. Laut Kathpress lehnen die Lefebvrrianer zahlreiche Reformen und verpflichtende Festlegungen des *Zweiten Vatikanischen Konzils* ab, so das Selbstverständnis der Kirche, die Haltung zu den anderen christlichen Kirchen und zu den nichtchristlichen Religionen sowie die Aussagen zur Religionsfreiheit. Lefebvre und seine Anhänger waren 1988 von Papst Johannes Paul II. exkommuniziert worden. Die in der so genannten "Pius-Gemeinschaft" organisierten Lefebvre-Anhänger gelten selbst für katholische Verhältnisse als extrem konservativ bis rechtsextrem. So ist etwa der FPÖ/BZÖ-Politiker Ewald Stadler diesbezüglich engagiert. Einer der jetzt begnadigte vier Lefebvre-Bischöfe, der Brite Richard Williamson, hatte laut Kathpress in einem Interview mit dem schwedischen TV-Sender SVT bestritten, dass die Nazis sechs Millionen jüdische Menschen ermordet haben. *"Ich denke, dass 200.000 bis 300.000 Juden in NS-Konzentrationslagern starben, aber keiner von ihnen in Gaskammern"*. Der Bischof berief sich dabei auf den amerikanischen Holocaust-Leugner, Fred Leuchter. Würde er eine solche Äußerung in Österreich machen, hätte er mit einem Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung zu rechnen. Warum Papst Ratzinger einen Antisemiten und mutmaßlichen Neonazi mit einer hohen geistlichen Position in den Schoß seiner Kirche aufnimmt, lässt viele Vermutungen offen. Als dieser News-Beitrag bis hierher fertig war, langte eine weitere Information ein: Horst Mahler, einer der bekanntesten Rechtsextremisten in Deutschland hat am 22. 1. einen Beweisantrag in einem Verhetzungsverfahren eingebracht: Bischof Williamson soll als Zeuge für den Beschuldigten aussagen, dazu ein Bild aus einer diesbezüglichen rechtsextremen Internetaussendung:

"Das Oberhaupt der katholischen Kirche macht die Exkommunikation von Bischof Richard Williamson rückgängig"
tagesanzeiger.ch, 22.01.2009



updrag granskning

Weihbischof Williamson, der gerade von Benedikt XVI. rehabilitiert wurde, erklärte in einem Fernseh-Interview, daß seinen Studien zufolge 200 bis 300 tausend Juden in Konzentrationslagern ums Leben kamen, aber nicht ein einziger davon sei in einer Gaskammer getötet worden. Gaskammern, so Monsignore Williamson, habe es nicht gegeben. Was man heute den Touristen in Auschwitz zeige, sei ein technisches Ding der Unmöglichkeit. Im Landshuter Holocaust-Verfahren gegen den Aufklärer Horst Mahler hat der Angeklagte jetzt beantragt, den hohen katholischen Würdenträger als Zeuge zu hören. Wie lange will das System sich noch gegen die Wahrheit wehren, wenn schon die höchsten Bischöfe im Fernsehen erklären, daß es ihren Forschungen zufolge keine Gaskammern gegeben habe. **Wann öffnet der Vatikan endlich die Archive mit den Berichten von über 1000 Seelsorgern, die in Auschwitz tätig waren. Wann erlauben sie endlich die Wahrheit?**

Für Papst Ratzinger und den Vatikan begann damit eine recht unterhaltsame Zeit, zurücknehmen und das Gegenteil von vorher sagen, geht nicht, zu schweigen, geht auch nicht, also drumherumreden und aussitzen. Das geht.

Islamistischer Extremismus in Österreichs Schulen!

Eine Studie des Religionssoziologen Mouhanad Khorchide von der Universität Wien brachte bei 200 befragten muslimischen Religionslehrern (von 350) folgendes Ergebnis: "Lehnen Sie Demokratie ab?" 21 Prozent der islamischen Religionslehrer sagen Ja. "Lehnen sie die Menschenrechte ab?" 27 Prozent sagen Ja. "Sollen Muslime, die vom Glauben abfallen, mit dem Tod bestraft werden?" 18 Prozent sind dafür. "Ist es vereinbar, Muslim und Europäer zu sein?" 28 Prozent sagen: Nein, das sei nicht vereinbar. Am muslimischen Religionsunterricht nehmen nur 30.000 SchülerInnen teil, gut die Hälfte (!) meldet sich regelmäßig vom Religionsunterricht ab.

Die Reaktion der Islamischen Glaubensgemeinschaft war wie zu erwarten, man eierte herum und drückte sich vor einer klaren Stellungnahme.

Es sollte daher klar sein:

1. Der islamische Religionsunterricht ist unter staatliche Aufsicht zu stellen und nicht der Aufsicht der offenbar unfähigen und/oder unwilligen Glaubensgemeinschaft zu überlassen.
2. Die Islamische Glaubensgemeinschaft ist als angeblicher Dachverband der Muslime in Österreich zu hinterfragen, vor allem sollten sich österreichische Politiker im Bezug auf Migranten mit islamischem Hintergrund an deren säkulare Organisationen halten und nicht an eine offensichtlich von fundamentalistischen Fanatikern unterwanderte.

Der Sodom und Gomorra Bischof

Die Diözese Linz bekommt einen neuen Weihbischof, einen gewissen Gerhard Wagner. Zur Erläuterung der ausgewählten Person zuerst ein Auszug aus der Bibel:

Genesis 19.12-26. Und die Engel sagten zu Lot: Hast du hier noch jemanden? Einen Schwiegersohn, und deine Söhne und deine Töchter oder einen, der sonst [noch] in der Stadt zu dir gehört? Führe sie hinaus aus diesem Ort! 19.13 Denn wir werden diesen Ort vernichten, weil das Geschrei über sie groß geworden ist vor dem HERRN; und der HERR hat uns gesandt, die Stadt zu vernichten. 19.14 Da ging Lot hinaus und redete zu seinen Schwiegersöhnen, die seine Töchter nehmen sollten, und sagte: Macht euch auf, geht aus diesem Ort! Denn der HERR wird die Stadt vernichten. Aber er war in den Augen seiner Schwiegersöhne wie einer, der Scherz treibt. 19.15 Und sobald die Morgenröte aufging, drängten die Engel Lot zur Eile und sagten: Mache dich auf, nimm deine Frau und deine beiden Töchter, die hier sind, damit du nicht weggerafft wirst durch die Schuld der Stadt! 19.16 Als er aber zögerte, ergriffen die Männer seine Hand und die Hand seiner Frau und die Hand seiner beiden Töchter, weil der HERR ihn verschonen wollte, und führten ihn hinaus und ließen ihn außerhalb der Stadt. 19.17 Und es geschah, als sie sie ins Freie hinausgeführt hatten, da sprach er: Rette dich, es geht um dein Leben! Sieh nicht hinter dich, und bleib nicht stehen in der ganzen Ebene des Jordan; rette dich auf das Gebirge, damit du nicht weggerafft wirst! (...)

19.24 Da ließ der HERR auf Sodom und auf Gomorra Schwefel und Feuer regnen von dem HERRN aus dem Himmel 19.25 und kehrte diese Städte um und die ganze Ebene des Jordan und alle Bewohner der Städte und das Gewächs des Erdbodens. 19.26 Aber seine Frau sah sich hinter ihm um; da wurde sie zu einer Salzsäule.

Denn der Herr Wagner - Pfarrer in Windischgarsten - hält es mit dem strengen, rachsüchtigen und strafenden Gott, er schrieb 2005 im Windischgarstner Pfarrbrief Nr. 137 über den damaligen Hurrikan in New Orleans:

<p>► Was sie vielleicht auch nicht wussten, haben nun Medien berichtet: Der Hurrikan „Katrina“ hat am 7. Juli 2005 in New Orleans nicht nur alle Nachtclubs und Bordelle vernichtet, sondern auch alle fünf (!) Abtreibungskliniken (bei nur 485.000 Einwohnern). Wussten Sie, dass 2 Tage danach die Homo - Verbände im französischen Viertel eine Parade von 125.000 Homosexuellen geplant hatten? Das 34. Jubiläum unter dem Namen „Südliche Dekadenz“ war lange vorbereitet, und Kommentatoren schrieben, dass in diesen Tagen New Orleans die Tore der Stadt weit öffnen sollte, um die</p>	<p style="text-align: center;">NACHLESE ZUM HURRIKAN IN NEW ORLEANS</p> <p>Sünde zu zelebrieren. Christen, die dagegen protestierten, sollen laut Presseberichten im Vorjahr ins Gefängnis gesperrt worden sein. Der Bürgermeister von New Orleans, Ray Nagin, hat für das Fest mit den Worten geworben: „ Da gibt es keinen Platz</p>	<p>auf der Erde wie diesen!“ Deutlich sprach er von einer „großartigen Veranstaltung“. Wie erst so langsam bekannt wird, sind die amoralischen Zustände in dieser Stadt unbeschreiblich. Nicht irgendeine Stadt ist hier versunken, sondern eine Traumstadt des Volkes mit den „besten Bordellen und den schönsten Huren“. Ist die auffällige Häufung von Naturkatastrophen nur eine Folge der Umweltverschmutzung durch den Menschen, oder mehr noch die Folge einer „geistigen Umweltverschmutzung“? Darüber werden wir in Zukunft verstärkt nachdenken müssen.</p>
--	---	---

Also war der Hurrikan offenbar eine Strafe Gottes für das sündige New Orleans! Und so ein fundamentalistischer, mittelalterlicher Fanatiker, der auch Tsunami-Katastrophen für Gottesstrafen und Harry Potter für teuflisch hält, wird nun zum Weihbischof in Linz befördert werden. Papst Ratzinger geht offenbar einen konsequenten Kurs, je reaktionärer, desto besser. Eine erkonservative Sekte wird wieder in die katholische Kirche aufgenommen, das Problem, in ihren Reihen einen den Neonazis äußerst wohlgesonnenen Bischof zu haben, war kein Hindernis. Und die Diözese Linz? Die hatte doch lange so einen liberalen Bischof, einen gewissen Aichern. Als der in Pension ging war Wagner schon als Nachfolger im Gespräch. Nun wird er als Weihbischof eingesetzt.

Denn in Linz herrschte vermutlich in der katholischen Kirche bisher - statt der spätmittelalterlichen römischen Linie - Sodom und Gomorra! Darum sendet Rom jetzt den Wagner, damit nicht der Herr ein Erdbeben über diese Stadt schickt, die nicht einmal bereit war, freiwillig in den Kindergärten das Zeichen des Herrn auszuhängen!

Wagner weist Kritik an seinen Ansichten mit der Bemerkung zurück (OÖN v. 2.2.09), er trete seit 20 Jahren "schlicht und einfach für den Glauben der katholischen Kirche ein". Da hat er zweifelslos recht! Der katholische Glaube ist wirklich das, was Wagner vertritt! So hat seinerzeit auch Bischof Krenn sich und seine Kirche gesehen!

Mit einer gut unterfütterten Austrittswelle in Oberösterreich wird 2009 zu rechnen sein, uns soll es freuen, die katholische Kirche untergräbt sich selber ihren Stellenwert in der Gesellschaft, danke lieber Ratzinger!

Neues zum bischöflichen Holocaust-Leugner Williamson

ORF-Bericht vom 3.2. 2009:

War Rehabilitierung des Holocaust-Leugners Williamson "Betriebsunfall"? Oder wusste Vatikan doch über ihn Bescheid? Nach der Rehabilitierung des britischen Bischofs und Holocaust-Leugners Richard Williamson durch Papst Benedikt XVI. reißt die Kritik am Vatikan nicht ab. Am Dienstag (3.2.) meldete sich ein früherer Assistent Joseph Ratzingers, der deutsche Theologe Wolfgang Beinert, zu Wort: Er hegt massive Zweifel daran, dass Rom tatsächlich nichts über die antisemitischen Auffassungen Williamsons wusste. Dieser hatte in einem TV-Interview implizit die Existenz von Gaskammern im "Dritten Reich" in Zweifel gezogen. Trotzdem hob der Vatikan seine Exkommunikation auf.

Wusste zumindest Kurie Bescheid?

Wenn schon nicht Papst Benedikt selbst, so hätte zumindest der für die Piusbruderschaft zuständige Kurienkardinal Dario Castrillon Hoyos von der Holocaust-Leugnung Williamsons wissen müssen, vermutet Beinert. Der deutsche Theologe ist Ratzingers Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Dogmatik an der Universität Regensburg. Die skandalöse Äußerung des Briten in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen sei schließlich bereits im vergangenen November im Seminar der Priesterbruderschaft St. Pius X. in Zaitzkofen bei Regensburg gefallen, sagte Beinert.

"Beispielloses Vorgehen" des Papstes

Das Vorgehen von Benedikt XVI. nannte Beinert beispiellos in der 2.000-jährigen Geschichte der katholischen Kirche: Bisher hätten Gruppierungen, die im Widerspruch zum Papst standen, immer erst ihren Auffassungen abschwören müssen, bevor sie wieder in die Kirche aufgenommen werden konnten.

Die vier traditionalistischen Bischöfe der Piusbruderschaft - darunter Williamson - seien allerdings rehabilitiert worden, ohne dass sie ihre Standpunkte hätten revidieren müssen.

"Ein Unfall war das nicht"

Auch der österreichische Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann vertritt die Auffassung, dass nicht von einem "Versehen" oder dem Ergebnis "mangelnder Information" die Rede sein könne.

"Dieser Mann ist einer der intelligentesten Päpste der vergangenen Jahrhunderte, und er war zwanzig Jahre selbst Kurienkardinal. Der kennt sich ganz genau aus. Ein Unfall aufgrund mangelnder Information war das nicht", hatte Liebmann am Montag (2.2.) gesagt.

Dringender Appell an Rom

Beinert forderte den Vatikan zum Handeln auf: Von der umstrittenen Bruderschaft müsse eine Erklärung verlangt werden, wonach sie das Zweite Vatikanische Konzil anerkennt - inklusive der Erklärungen über Religionsfreiheit und das Verhältnis zu den Juden.

Merkel fordert Klarstellung

Ähnlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: Wenn durch eine vatikanische Entscheidung der Eindruck entstehe, dass der Holocaust geleugnet werden könne, dürfe das nicht ohne Folgen im Raum bleiben, sagte die CDU-Chefin, eine Protestantin, am Dienstag (3.2.) in Berlin. "Es geht darum, dass vonseiten des Papstes und des Vatikans sehr eindeutig klargestellt wird, dass es hier keine Leugnung geben kann."

Vatikan: Kein Grund für weitere Klarstellungen

Dem stellte sich Vatikansprecher Federico Lombardi entgegen:

Die Äußerung von Papst Benedikt XVI. zur Holocaust-Leugnung hätten "nicht deutlicher sein können". Lombardi verwies auf Äußerungen des Papstes in der Kölner Synagoge im August 2005 und im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Mai 2006.

Auch bei seiner Generalaudienz am 28. Jänner habe der Papst gesagt, dass die Juden seine "vollständige und nicht diskutierbare Solidarität" genossen, erklärte Lombardi. Der Papst hatte in der Audienz daran erinnert, dass er mehrfach nach Auschwitz gereist sei - "eines der Lager, wo das abscheuliche Massaker an Millionen Juden verübt wurde".

Kurie räumt "Managementfehler" ein

Zuvor hatte am Montag (2.2.) der deutsche Kurienkardinal Walter Kasper Fehler seitens des Vatikans eingeräumt. "Es sind mit Sicherheit Fehler im Management der Kurie gemacht worden", sagte Kasper in einem Interview von Radio Vatikan.

Der Kardinal zeigte sich gleichzeitig zutiefst besorgt über die derzeitige Debatte und sprach von einem entscheidenden "Mangel an Kommunikation im Vatikan".

Dabei nahm er auch Bezug auf ähnliche "Betriebsunfälle" des deutschen Pontifex - etwa die Regensburger Rede, die 2006 durch ein Zitat über den Islam heftige Proteste in der islamischen Welt ausgelöst hatte.

"Nur Teilrehabilitierung"

Im Fall der Traditionalisten-Bischöfe betonte der Kardinal, dass es sich gewissermaßen um eine "Teilrehabilitierung" handle. In der Substanz bedeute die Aufhebung der Exkommunikation nur, "dass man sozusagen ein Hindernis weggenommen hat, um in das Gespräch (...) eintreten zu können - über eine ganze Reihe von theologischen Fragen".

Schlicht Mangel an Professionalität?

Der deutsche Papst-Biograf Peter Seewald vertritt währenddessen die Ansicht, dass das Kirchenoberhaupt in der Causa falsch beraten worden sei.

"Es ist völlig unvorstellbar, dass er die Äußerungen gekannt hat. Sonst hätte er niemals die Exkommunikation aufgehoben", so Seewald gegenüber dem Magazin "Focus" (Online-Ausgabe). "Dieser Vorgang macht deutlich, dass es hinter den Mauern des Vatikans an Professionalität fehlt und zum Teil Naivität vorherrscht. Man hätte diese Krise mit etwas mehr Präzision leicht vermeiden können", so Seewald.

Bruderschaft ohne Segen des Vatikans

Benedikt XVI. hatte am 24. Jänner die Rücknahme der Exkommunizierung von vier Bischöfen der erzkonservativen Priesterbruderschaft St. Pius bekanntgegeben - darunter auch der Williamsons. Diese Entscheidung hatte weltweite Proteststürme ausgelöst - nicht nur unter Juden, sondern auch innerhalb der römisch-katholischen Kirche. Die erzkonservative Bruderschaft, lateinisch Fraternitas Sacerdotalis Sancti Pii X. (FSSPX), wurde 1970 vom französischen Erzbischof Marcel Lefebvre gegründet. Sie wird seit 1975 durch den Vatikan nicht mehr anerkannt. Lefebvre wurde unter Papst Johannes Paul II. exkommuniziert.

(ORF 3.2.2009)

Da kann man nur noch hinzufügen: Ratzinger wird seine - milde gesagt - saudumme Entscheidung nicht zurücknehmen, das kann er ja gar nicht ohne sein Gesicht zu verlieren. Aber das hat er sowieso schon verloren.

Die Neonazis können sich freuen, Ratzinger reiht einen der ihren in seine Reihen ein!

Piusbruder Williamson bleibt auf Nazi-Linie

Die Groteske um die Rehabilitierung der reaktionären Piusbruderschaft durch Papst Ratzinger hat heute am 7.2.09 einen neuen Höhepunkt erreicht.

Piusbruder und Piusbischof Richard Williamson hatte schon 1989 in Kanada verkündet: "(...) Dort wurden keine Juden in den Gaskammern getötet! Das waren alles Lügen, Lügen, Lügen! Die Juden erfanden den Holocaust, damit wir demütig auf Knien ihren neuen Staat Israel genehmigen. (...) Die Juden erfanden den Holocaust, Protestanten bekommen ihre Befehle vom Teufel, und der Vatikan hat seine Seele an den Liberalismus verkauft." Darüber wurde damals der Erzbischof von Halifax informiert, es ist schwer nachvollziehbar, dass diese Information vor dem Vatikan geheim gehalten worden sein soll.

Der Vatikan tut jetzt so als wüsste man von nix, der Papst verurteilte Antisemitismus und die Holocaustleugnung, zu Williamson kam ihm aber kein Ton aus.

Als die deutsche Bundeskanzlerin Merkel Papst und Vatikan deshalb eine unüberhörbare öffentliche Zurechtweisung verabreichte, war man in Rom einerseits beleidigt, verfügte jedoch andererseits, Richard Williamson müsse seine neonazistische Holocaust-Leugnung zurücknehmen.

Der nazifreundliche Bischof ließ nun wissen: Nein, er nimmt nichts zurück. Außer er käme persönlich zur Überzeugung, dass er sich geirrt habe.

Heil Hitler, Herr Bischof! Weiterhin viel Spaß Herr Ratzinger!

Man kann auch Katholizismus heilen!

Unter diesem Titel stand die Presseaussendung der Homosexuellen Initiative Linz vom 9.2.: als Antwort auf die Frohbotschaft des designierten Weihbischofs Gerhard Wagner, Homosexualität sei eine Krankheit.

Viele Menschen leiden unter den von Papst und Vatikan verursachten aktuellen Plagen: Rehabilitierung einer obskuren Pius-Bruderschaft, von deren Rechtsextremismus sich inzwischen sogar die FPÖ und Ewald Stadler vom BZÖ distanzieren haben, Einsetzung eines Weihbischofs, der nicht nur die Homosexualität für eine Krankheit, sondern Stürme für eine Gottesstrafe und Harry-Potter-Bücher für satanistisch hält.

Hier wollen wir als deklarierte Atheisten niemandem, zu dessen Lebensplan es gehört, ein gläubiger Christ zu sein, seinen Gottesglauben ausreden, aber den Mitgliedern der christkatholischen Kirche, die sich ohnehin das ganze Jahr in keine Kirche verirren, keine Gebete gegen Himmel schicken, den Rosenkranz nur als Blumenschmuck kennen und denen die Jungfrau Maria und ihr Sohn Jesus im praktischen Leben von Herzen wurscht sind, denen wollen wir den Tipp geben:

Nicht mehr Mitglied der katholischen Kirche zu sein, tut nicht weh, die Kinder in der Schule haben davon keinen Nachteil (es gibt dazu sogar ein gesetzliches Diskriminierungsverbot!), in öffentlichen Dokumenten gibt es keine Verpflichtung, ein Religionsbekenntnis anzuführen und ein Begräbnis ohne Pfarrer können alle Bestattungsunternehmen organisieren!

Also: wozu diesem merkwürdigen Verein voller merkwürdiger Ansichten weiterhin Beiträge zahlen?

Katholizismus ist heilbar! Die Behandlung erfolgt auf der BH oder dem Magistrat durch Kirchenaustritt!

Doch kein Tsunami-Bischof - Wagner will nimmer

Nachdem sich der designierte Linzer Weihbischof Gerhard Wagner eifrig Tag für die Tag in die Nesseln setzte und einen Großteil der aktiven Christen in OÖ vergrämt hatte, kam am 15.2. diese Meldung:

Linz (kath.net) Gerhard Wagner hat am Sonntag um "Rücknahme" seiner Ernennung zum Weihbischof von Linz gebeten. Der Vatikan hat laut der Diözese Linz das Ersuchen angenommen! Die österreichische Nuntiatur bzw. der Vatikan hat die Meldung allerdings bis jetzt noch nicht bestätigt!

Diözesanbischof Ludwig Schwarz hat gebeten, folgende Stellungnahme Wagners an die Medien zu übermitteln: "Angesichts der heftigen Kritik bin ich im Gebet und nach Rücksprache mit dem Diözesanbischof zu dem Entschluss gekommen, den Heiligen Vater in Rom um Rücknahme meiner Ernennung zum Weihbischof von Linz zu bitten."

Also haben sich der Vatikan und der Papst geirrt, die oö. Katholiken haben den Irrtum kritisiert, der Bestellte und der Papst haben sich der Kritik gebeugt und die geplante Bischofsernennung storniert.

Kehren also nunmehr in die katholische Kirche Demokratie und Mitbestimmung ein? Wählen in Hinkunft - wie dies seit Jahrhunderten bei den Evangelischen Grundsatz ist - auch die katholischen Kirchenmitglieder ihre Pfarrer und Bischöfe?

Ist nicht zu erwarten. Der Grund dafür wird ein pragmatischer sein: Die Scheiße, die mit der Pardonierung eines Bischofs, gegen den wegen neonazistischer Äußerungen ermittelt wird, eingebrockt wurde, stinkt schon ausreichend. Darum braucht man aktuell nicht noch einen neuen Bischof, der nicht einmal am 20. Jahrhundert angestreift ist.

Denn man hat gelernt, sowas stört das Geschäft! Die Leute laufen davon: die Lauen, die sowieso nicht am Kirchenleben teilnehmen, werden daran erinnert, dass sie Mitgliedsbeitrag an einen Verein zahlen, der ihnen wurscht ist, die Engagierten überlegen, ob sie ihren Jesus nicht auch bei den Evangelischen oder Altkatholischen bebeten können.

Kirchenaustritte schrecken die Kirche, ein Bischof Wagner wäre ein neuer Bischof Krenn - ein Mitgliedervertreiber - gewesen. Darum sah sich sogar Papst Ratzinger auf diesem Nebenschauplatz als fehlbar, bangte um Einnahmen und zog die Notbremse. Schade, war eine echt unterhaltsame Sache!

Evolutionstag statt Christi Himmelfahrt!

In Deutschland startete die Giordano-Bruno-Stiftung am 25. Februar 2009 eine Kampagne zur Änderung der Feiertagsgesetze: "Evolutionstag statt Christi Himmelfahrt!"

Christi Himmelfahrt soll künftig Evolutionstag heißen! Das ist das Ziel einer Kampagne, die die Giordano Bruno Stiftung am Aschermittwoch startete. Das Darwin-Jahr 2009 biete einen hervorragenden Anlass, um den enormen Erkenntnisgewinn durch die Evolutionstheorie gesellschaftlich stärker zu verankern, erklärte gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon am Stiftungssitz in Mastershausen. Eine gute Möglichkeit hierfür sei die Einrichtung eines offiziellen Feiertags: "Am Evolutionstag sollte gefeiert werden, dass wir endlich den kindlichen Narzissmus überwunden haben, der uns dazu verleitete, unsere Art als 'Krone der Schöpfung' zu betrachten."

Da nicht zu erwarten sei, dass die gesetzgebenden Länder den "Evolutionstag" als zusätzlichen Feiertag einführen werden, biete sich die offizielle Umbenennung eines bereits bestehenden christlichen Feiertags an, heißt es in dem von Schmidt-Salomon verfassten Petitionstext. Der hierfür am besten geeignete Kandidat sei "Christi Himmelfahrt", einer der neun in der BRD bundeseinheitlich geltenden Feiertage. Christi Himmelfahrt empfehle sich schon

allein deshalb, weil viele Familien an dem Tag Ausflüge in die Natur unternehmen würden. "Angemessener kann ein 'Evolutionstag' kaum begangen werden!", sagte der gbs-Sprecher, der mit dem kürzlich erschienenen Kinderbuch "Susi Neunmalklug erklärt die Evolution" einen der provokantesten Beiträge zum Darwin-Jahr vorgelegt hat.

Für die Umbenennung von Christi Himmelfahrt in Evolutionstag spreche, so Schmidt-Salomon, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Christen nicht mehr "an das Glaubensdogma der leiblichen Auffahrt Jesu in den Himmel" glaube. Außerdem müsse endlich auch das konfessionsfreie Drittel der Gesellschaft berücksichtigt werden, dem aus Fairnessgründen ein Drittel der gesetzlichen Feiertage zustehe. "Davon sind wir noch meilenweit entfernt!", kritisierte Schmidt-Salomon. "Die Umbenennung von Christi Himmelfahrt in Evolutionstag wäre ein erstes Anzeichen dafür, dass dieser Staat in seiner Feierkultur nicht nur gläubige Christen respektiert, sondern auch die vielen Millionen Bundesbürger, die eine dezidiert säkulare Weltsicht vertreten."

Die Petition zur Umbenennung von Christi Himmelfahrt in Evolutionstag in Deutschland kann auf dem Internetportal zum Darwin-Jahr (www.darwin-jahr.de/e-day) unterzeichnet werden. Zur Unterstützung der Kampagne hat die Giordano Bruno Stiftung Charles Darwin persönlich in den Ring geschickt. In dem u.a. auf YouTube veröffentlichten Musikvideo "Children of Evolution" erklärt der Jubilar in fröhlicher Rockstarpose, warum es keine Schande ist, ein "nackter Affe" zu sein...

Wäre diese Forderung der deutschen Giordano-Bruno-Stiftung nicht auch was für Österreich? Für die säkular gesinnten Menschen gibt es hierzulande ohnehin nur drei Feiertage (1.1., 1.5., 26.10.), während religiös sogar die Zeugung der "Jungfrau Maria" (8.12.) mit einem Feiertag begangen wird ...

Pius-Bischof Williamson nimmt nichts zurück - dem Vatikan ist seine Erklärung nicht ausreichend

Zu seiner Leugnung des Holocausts in einem TV-Interview gab Williamson am 26.2. folgende Erklärung ab:

Der Heilige Vater und mein Oberer, Bischof Bernard Fellay, haben mich ersucht, die Bemerkungen, die ich vor vier Monaten gegenüber dem schwedischen Fernsehen gemacht habe, neu zu überdenken, da deren Folgen sehr schwerwiegend gewesen sind.

In Anbetracht dieser Folgen kann ich wahrheitsgemäß sagen, dass es mir leid tut, diese Bemerkungen gemacht zu haben, und dass ich sie nicht gemacht hätte, wenn ich im Vorhinein um den ganzen Schaden und den Schmerz gewusst hätte, die diese verursachen würden, besonders der Kirche, aber ebenso den Überlebenden und den Verwandten der Opfer der Ungerechtigkeit unter dem Dritten Reich.

Im schwedischen Fernsehen habe ich nur die Meinung ("Ich glaube", "Ich glaube") eines Nicht-Historikers geäußert, eine Meinung, die sich vor 20 Jahren auf Grundlage der damals verfügbaren Beweise herausgebildet hat und seither selten in der Öffentlichkeit geäußert worden ist. Nichtsdestoweniger haben mich die Ereignisse der letzten Wochen und der Rat von älteren Mitgliedern der Bruderschaft des hl. Pius X. von meiner Verantwortung für die verursachten großen Schwierigkeiten überzeugt. Ich bitte alle, die sich aufgrund meiner Worte aufrichtig entrüstet haben, vor Gott um Vergebung.

Wie der Heilige Vater gesagt hat: Jeder Akt ungerechter Gewalt gegen auch nur einen Menschen verletzt die gesamte Menschheit.

Richard Williamson - London, 26. Februar 2009

Was heißt das? Das heißt, Williamson nimmt nichts zurück! Er bedauert es nur, dass sein neonazistischer "Glaube" Schwierigkeiten erzeugt hat. Als Ausrede dient ein Papstzitat: "Jeder Akt ungerechter Gewalt gegen auch nur einen Menschen verletzt die gesamte Menschheit."

Demnach ist es also egal, ob in den NS-KZs ein Jude ungerechte Gewalt erlitt oder - wie es die Neonazis propagieren - 300.000 oder in Wahrheit sechs Millionen Juden umgebracht wurden.

Das ist das Höchstmaß unverschämter Heuchelei! Widerlicher geht es nimmer!

Sogar der Vatikan hat das erkannt, er ließ am 27.2. wissen: "Im Bezug auf die Erklärung von dem Bischof der Piusbruderschaft Pius X., Richard Williamson, vom 26. Februar 2009, wird klar gestellt, dass es sich dabei nicht um einen Brief an den Heiligen Vater oder an die Kommission Ecclesia Dei handelt. Diese sogenannte „Erklärung“ des Bischofs scheint die vorgegebenen Bedingungen nicht zu erfüllen, die am 4. Februar 2009 vom Staatssekretariat erlassen worden sind. Darin wurde nämlich festgehalten, dass er sich von seinen Positionen bezüglich der Shoah absolut unmissverständlich und öffentlich distanzieren muss."

Man kann also gespannt sein, wie sich das weiter entwickeln wird!

Erklärung der deutschen Bischöfe zu den Piusbrüdern

Die Probleme, die der katholischen Kirche durch die päpstliche Pardonierung der rechtsrechten Piusbrüder entstanden sind, veranlassten die deutschen Bischöfe am 4. März 2009 zur folgenden Stellungnahme:

1. Die Priesterbruderschaft St. Pius X. hat sich selbst von der katholischen Kirche abgespalten. Es ist Bischöfen und Priestern, die der Bruderschaft angehören, auch nach der Aufhebung der Exkommunikation der Bischöfe nicht gestattet, die Heilige Messe zu feiern oder andere Sakramente zu spenden.

In besonderer Weise verstoßen die für dieses Jahr angekündigten Heiligen Weihen der Priesterbruderschaft gravierend gegen die Ordnung und das Recht der Kirche. Wir werden den Apostolischen Stuhl um eine baldige Erklärung bitten, welche rechtlichen Folgen ein Bischof auf sich zieht, der sie vornehmen würde. Die Verantwortlichen in der Kurie sollten darüber hinaus rasch Verbesserungen im Bereich der internen Abstimmung und der Kommunikation mit den Bischofskonferenzen herbeiführen. Dies gilt besonders für Konfliktsituationen.

2. Die Priesterbruderschaft St. Pius X. befindet sich deshalb nicht in Gemeinschaft mit der katholischen Kirche, weil sie sich außerhalb der katholischen Tradition gestellt und die Einheit mit dem Papst aufgekündigt hat. Es liegt an der Priesterbruderschaft, das Schisma zu überwinden und durch einen Prozess der Wiedereingliederung die Einheit mit dem Papst und der Lehre der Kirche herzustellen.

Der Heilige Vater Papst Benedikt XVI. hat ihr dazu durch die Aufhebung der Exkommunikation der Bischöfe als einer Geste des Entgegenkommens die Hand gereicht. Es obliegt dem Apostolischen Stuhl zu klären, ob die Priesterbruderschaft bereit ist, die Glaubensüberzeugung der ganzen Kirche und besonders die Lehre der Päpste und Konzilien eindeutig zu bejahen und anzunehmen.

Die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils gehören unaufgebar zur katholischen Tradition, nicht zuletzt die Texte über die Religionsfreiheit und die Beziehungen zu den nichtchristlichen Religionen, über den Ökumenismus und über die Kirche in der Welt von heute sowie die Aussagen über die Kollegialität der Bischöfe in ihrem Verhältnis zur päpstlichen Autorität.

3. Wir bedauern, dass in diesem Zusammenhang auch Unsicherheit über den Weg der Kirche aufgekommen ist. Wir haben dies in Gesprächen und Zuschriften erfahren. Viele Bischöfe haben sich dazu schon zu einem frühen Zeitpunkt klar geäußert. Die theologischen und pastoralen Maßgaben vor allem des Zweiten Vatikanischen Konzils sind die selbstverständliche Grundlage unseres Bemühens, die Kirche in Deutschland geistlich zu erneuern und der Antwort des Glaubens auf die religiösen Fragen unserer Zeit in Wort und Tat neue Kraft zu verleihen. Wir hoffen, dass die vergangenen Wochen ein neues Interesse an der Dynamik und den Orientierungen des Zweiten Vatikanischen Konzils geweckt haben. Diese Chance wollen wir nutzen.

4. Besonders bedrückend sind die Holocaust-Leugnung eines Bischofs der Priesterbruderschaft St. Pius X. und entsprechende antisemitische Strömungen in der Priesterbruderschaft. Es fehlt bislang eine ernsthafte Distanzierung der Betreffenden von solchen inakzeptablen Haltungen, wie sie der Apostolische Stuhl schon früh gefordert hat.

Papst Benedikt XVI. hat mehrfach unmissverständlich zur Geltung gebracht, dass die katholische Kirche den Antijudaismus und Antisemitismus verwirft. Wir freuen uns, dass der Heilige Vater auch in den zurückliegenden Wochen den Dialog mit herausragenden jüdischen Vertretern fortsetzen konnte. In Deutschland haben einige bedeutsame Begegnungen mit jüdischen Repräsentanten stattgefunden, in denen es Gelegenheit gab, über Sorgen und Befürchtungen offen zu sprechen und die wechselseitige Verbundenheit zu vertiefen. Wir sind dafür sehr dankbar und setzen diese Bemühungen fort.

5. Leider fielen in den letzten Wochen auch Äußerungen zu den aktuellen Ereignissen, die die Zusammenhänge verzerrt und polemisch darstellten. Auch im Innenraum der Kirche gab es Stimmen und Aktivitäten, die lieblos, extrem einseitig oder gar herabsetzend waren und der Einheit geschadet haben.

Wir beklagen diesen Stil des Umgangs miteinander. Vor allem weisen wir jeden Versuch zurück, das Ansehen und die Integrität des Papstes in Zweifel zu ziehen, die katholische Kirchenverfassung zu negieren und spalterisch zu wirken.

Ob es eine volle Gemeinschaft der Priesterbruderschaft St. Pius X. mit der katholischen Kirche geben wird, ist noch nicht geklärt.

Vieles scheint bis jetzt dagegen zu sprechen. Aber nicht diese Frage kann uns vorwiegend bewegen, sondern die Sorge um die Stärkung und Erneuerung des kirchlichen Lebens und um dessen Bezeugung im konkreten, vielgestaltigen Dienst.

In diesem Bemühen wirken wir mit den Priestern und Diakonen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kirchlichen Dienst und mit allen Gläubigen zusammen, die auf vielfache Weise ihre Kraft und ihre Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Die Kirche lebt aus diesem Miteinander des Engagements und der Gaben, um der Sendung des österlichen Herrn zu entsprechen. Ihm vertrauen wir uns einmütig an, um seinen Segen bitten wir.

Soweit die Erklärung. Man könnte sie quasi als ein Ultimatum an den Papst sehen, die Linie gegenüber den "Piusbrüdern" klarzustellen. Man kann gespannt sein, wie das weitergeht ...

Ratzinger schreibt zurück

Die Offenheit im mittleren Kirchenmanagement (siehe deutschen Bischofsbrief) erzwingt eine entsprechende Antwort, die Probleme in alter Tradition wegzuschweigen scheint nimmer zu funktionieren, deshalb schrieb der Papst am 10. März einen Brief an alle Bischöfe und gesteht Fehler ein:

Eine für mich nicht vorhersehbare Panne bestand darin, dass die Aufhebung der Exkommunikation überlagert wurde von dem Fall Williamson. Der leise Gestus der Barmherzigkeit gegenüber vier gültig, aber nicht rechtmä-

Big geweihten Bischöfen erschien plötzlich als etwas ganz anderes: als Absage an die christlichjüdische Versöhnung, als Rücknahme dessen, was das Konzil in dieser Sache zum Weg der Kirche erklärt hat.

Ich höre, dass aufmerksames Verfolgen der im Internet zugänglichen Nachrichten es ermöglicht hätte, rechtzeitig von dem Problem Kenntnis zu erhalten. Ich lerne daraus, dass wir beim Heiligen Stuhl auf diese Nachrichtenquelle in Zukunft aufmerksamer achten müssen.

Eine weitere Panne, die ich ehrlich bedaure, besteht darin, dass Grenze und Reichweite der Maßnahme vom 21. 1. 2009 bei der Veröffentlichung des Vorgangs nicht klar genug dargestellt worden sind. Die Exkommunikation trifft Personen, nicht Institutionen.

Den Piusbrüdern richtet er aus: Man kann die Lehrautorität der Kirche nicht im Jahr 1962 einfrieren - das muss der Bruderschaft ganz klar sein.

Dann befasst er sich mit den kirchlichen Wirkungsproblemen:

In unserer Zeit, in der der Glaube in weiten Teilen der Welt zu verlöschen droht wie eine Flamme, die keine Nahrung mehr findet, ist die allererste Priorität, Gott gegenwärtig zu machen in dieser Welt und den Menschen den Zugang zu Gott zu öffnen. Nicht zu irgendeinem Gott, sondern zu dem Gott, der am Sinai gesprochen hat; zu dem Gott, dessen Gesicht wir in der Liebe bis zum Ende (Joh 13, 1) - im gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus erkennen.

Das eigentliche Problem unserer Geschichtsstunde ist es, dass Gott aus dem Horizont der Menschen verschwindet und dass mit dem Erlöschen des von Gott kommenden Lichts Orientierungslosigkeit in die Menschheit hereinbricht, deren zerstörerische Wirkungen wir immer mehr zu sehen bekommen.

Das ist eine Verwechslung von Ursache und Wirkung:

Ein von einem Gott kommendes Orientierungslicht existiert nicht, Gott verschwindet aus dem menschlichen Alltag, eben WEIL er nicht leuchtet! Durchsetzbar war dieser Gott gewesen, solange er irdische Macht hatte und/oder einfache Menschen sich aus Angst vor ewiger Hölle Strafe dem Machtapparat des HErrn unterwarfen oder persönliche göttliche Zuwendung erwarteten. Der unverbindliche Liebenswürdigkeitsgott der heutigen Zeit ruft weder Angst und Schrecken hervor, noch bringt er Hilfe oder kann irgendwelche menschlichen Massenbedürfnisse befriedigen.

Eine Rückkehr zur alten Art des christlichen Glaubens wäre zwar möglich, aber in Europa nur als Spinnersekte etablierbar. Dem Vatikan bleibt gar nichts anderes übrig, als auf eine Marktoptimierung zu setzen, also mit geringstmöglichem Einsatz den höchstmöglichen Umsatz zu erreichen. Die Formel lautet: katholisch ist, wer Mitglied ist und den Kirchenbeitrag zahlt, sonst wird nix mehr verlangt!

Katholisch-inhaltlich sind jedoch zweifellos Kurt Krenn, Gerhard Wagner, Porno-Humer, Ewald Stadler etc. im Recht!

Um Himmelswillen! Keinen Sex!

In der Urzeit des Christentums warteten die Jesus-Anhänger auf die baldige Rückkehr des HErrn, hatte es doch ein paar diesbezügliche Hinweise in den Evangelien gegeben. Man bereitete sich aufs Weltenende vor, das Paradies war nahe, ein schönes Leben auf Erden keine Perspektive mehr, zum Teil wurden auch die Fortpflanzungsbemühungen eingestellt. Dann kam der HErr doch nicht, das Leben ging weiter. Aber ein starker antihedonistischer Zug blieb dem Christentum erhalten. Schließlich war der Jesus am Kreuz gestorben, mitzuleiden daher angebracht.

Die katholische Kirche war immer wachsam, wehe man erfreute sich am Leben, das konnte nur sündhaft sein. Besonders der Genuss des Geschlechtlichen war etwas Unangebrachtes. Das diente bloß der Fortpflanzung, nicht der Unterhaltung.

Im Feudalismus wurde den Klerikern der Zölibat verordnet, vordergründig, damit sie sich - um des Himmelreichs willen (Mt. 19,12) - alleine der Liebe zu Gott und der Gottesgemeinde hingeben konnten, hintergründig, damit sich keine vererbaren Strukturen herausbilden, Pfarrersohn erbt Pfarre und so.

Heute gibt es kein feudales Gesellschaftssystem mehr, der Sohn vom Bischof erbt sowieso die Diözese nicht, wäre also egal, wenn sich Kleriker verehelichten. Aber so schnell dreht sich die katholische Welt nicht weiter! Der Feudalismus hatte sein ökonomisches endgültiges Ende im 19. Jahrhundert erlebt, das ist noch keine 200 Jahre her. Dass Galilei rehabilitiert wurde, dauerte 300 Jahre und der Vatikan ist sich immer noch unsicher, ob das nicht voreilig war.

Daher bleibt es beim Zölibat. Auch wenn das Murren an der Basis lauter wird und heterosexuelle Pfarrer schon auch einmal zu ihrer Gefährtin stehen. Dann werden sie eben gemäßregelt. Solange sie den Mund halten und die Sache unter der Bettdecke bleibt, stört es niemanden, keinen Bischof und keinen Papst.

Im Heucheln ist die katholische Kirche schließlich seit Jahrhunderten Seriensieger.

Schönborn sieht neue Kirche wachsen

Kardinal Schönborn hat ja in seinen kronenzeitunglichen Sonntagspredigten in der Regel so eine Art halbautomatischer Predigten laufen, seine Schlussfolgerungen zum jeweiligen Sonntagsevangelium sind wie die in den über Google downloadbaren Pastorentexten sehr vorhersehbar.

Am 29. März war es doch etwas anders. Evangeliumstext war Joh. 12, 20-33, dabei geht es um das Weizenkorn, das auf die Erde fällt und sterbend reiche Frucht bringt.

Schönborns Schlussabsatz:

Die Turbulenzen der letzten Wochen (und schon der letzten Jahre) sind auch ein leidvolles Sterben einer alten Gestalt der Kirche. Die neue Gestalt wächst schon im Stillen, oft noch unbeachtet, wie der junge Weizen im Frühjahr. Ich sehe die Ereignisse auch als Geburtswehen. Ich hoffe, dass dieses Sterben des Weizenkorns reiche Frucht tragen wird. Warum ich diese Hoffnung habe? Weil Jesus auf diesem Weg erfolgreich war: durch Kreuz und Leid zur Auferstehung.

Dass es so schlimm mit der alten katholischen Kirche steht, haben wir bisher nicht geahnt. Sie schrumpelt zwar vor sich hin, aber gerade diese alte Gestalt zeigt sich doch immer wieder recht zäh. Wie z.B. jüngst in den Rückwärtsbewegungen des Vatikans in Richtung Piusbrüder oder im Versuch einen strenggesinnten Weihbischof in Linz zu installieren.

Was für eine neue Gestalt soll Schönborns Kirche dann haben? Die vom lieben Jesus, der allen den Himmel verspricht und sogar seine Pfarrer heiraten lässt? Wird das nicht den Leuten noch wurschter sein als ihnen die katholische Kirche jetzt schon ist? Oder hat Schönborn ohnehin die alte Gestalt gemeint, die die Piusbrüder gerne wieder hätten? Sein Text ist sehr unklar!

Es ist zwar ein Kreuz mit der Kirche, ihre Auferstehung jedoch trotzdem nicht zu erwarten. In Österreich glauben weniger als 50 % der Menschen an Gott, ein erheblicher Teil davon hat sich zudem noch nach eigenen Bedürfnissen selbst einen Gott zusammengestellt ...

Kirchenaustritt: Bischöfe schreiben Schimmelbriefe

Die katholischen Bischöfe haben vor einiger Zeit beschlossen, die Kirchenaustreter mit persönlich wirkenden Schimmelbrief-Zuschriften zu belästigen. Ein Ausgetretener aus Niederösterreich hat uns die Kopie dieses Schreibens übermittelt:



DER BISCHOF VON ST. PÖLTEN



St. Pölten, am ■■■■ 2009

Mit großem Bedauern habe ich von der zuständigen staatlichen Verwaltungsbehörde die Mitteilung erhalten, dass Sie Ihren Austritt aus der Katholischen Kirche erklärt haben. Selbstverständlich respektiere ich Ihre freie Entscheidung, aber ich halte es für notwendig, Ihnen zu schreiben. Für mich und die anderen Verantwortlichen in der Kirche ist Ihre Entscheidung, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, ein schmerzliches Zeichen. Wir fragen uns natürlich auch, was Sie dazu bewogen hat.

In vielen Gesprächen mit Ausgetretenen hat sich nämlich gezeigt, dass die damit verbundenen Folgen nicht immer im vollen Umfang bekannt sind, wie beispielsweise der Ausschluss vom Empfang der Kommunion, vom kirchlichen Begräbnis, von der Übernahme des Patenamtes und vielfach auch von der kirchlichen Trauung.

Aus diesem Grund möchte ich Sie einladen, nochmals das Gespräch mit der Kirche zu suchen, um alle Motive abzuklären. Wenn bei Ihrem Kirchenaustritt hauptsächlich die Frage des Kirchenbeitrags eine Rolle gespielt haben sollte, so wird versucht werden, eine annehmbare Lösung zu finden.

Über die Einladung zu diesem klärenden Gespräch verständige ich auch den für Sie zuständigen Pfarrer. Sie können sich jederzeit an ihn wenden; auch er wird von sich aus in der nächsten Zeit versuchen, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen. Falls jedoch die Person des Pfarrers Grund oder Anlass zu Ihrem Austritt war, bitte ich, mir dies mitzuteilen. Ich werde Ihnen dann einen anderen Gesprächspartner vorschlagen.

Wenn Sie Ihre Entscheidung derzeit nicht ändern können, dann müsste Ihre Taufpfarre nach drei Monaten, das ist am ■■■■ 2009 den Austritt auch in das Taufbuch eintragen.

Ich bitte Sie, mein Schreiben so aufzufassen, wie es gemeint ist: als Einladung, nochmals mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Keinesfalls werde ich damit in Ihre freie Entscheidung eingreifen, die ich natürlich respektiere. Sollten Sie jetzt - aus welchen Grund auch immer - dieses Gespräch nicht führen wollen, so möchte ich Ihnen versichern, dass unsere Türen für Sie immer offen stehen und eine Rückkehr in die Kirche jederzeit möglich ist. Sollte dieser Wunsch in Ihnen wachsen, wenden Sie sich bitte an Ihren Ortspfarrer oder einen anderen Priester Ihres Vertrauens oder an das Bischöfliche Ordinariat.

Mit besten Grüßen und Segenswünschen

+ Hans König
Diözesanbischof

Die Austreter wissen also laut Bischof gar nicht, was ein Austritt für schlimme Folgen hat! Keine Kommunion mehr! Keine Patenschaften! Kein kirchliches Begräbnis! Keine kirchliche Trauung!

Wenn es der Kirchenbeitrag war: gibt es jetzt einen Austreterrabatt?

Vorort wird auch noch direkte Bedrängung verabreicht, der Pfarrer wird losgeschickt ein bisschen Druck auszuüben auf das scheidende Schäfchen. Falls der Pfarrer selber die Austrittsursache gewesen sein soll: Um Verschufung wird gebeten!

Ganz vergessen wird auf das Schlimmste, das Allerschlimmste, das den Ausgetretenen droht: DIE EWIGE VERDAMMNIS! Herr Bischof, ohne die alleinseligmachende römisch-katholische Kirche droht die EWIGE VERDAMMNIS! Warum sagen Sie das den Austretern nicht! Glauben Sie selber nimmer an die christkatholische Ewige Seligkeit?

Es ist wahrlich ein Kreuz mit der Kirche!

Lieber Gott - böser Gott

In seiner Sonntagspredigt in der Kronen Zeitung vom 19. April 2009 behandelt Kardinal Schönborn das Thema "Sonntag der Barmherzigkeit". Wenig überraschend revidiert er dabei intensiv die bis vor einigen Jahrzehnten vorherrschende christkatholische Lehre vom strafenden Gott.

Er schreibt sogar: "Mich erschreckt es immer wieder festzustellen, wie tief gerade in Österreich das Bild vom strafenden Gott sitzt. (...) Manche fürchten: Wenn man zu viel vom "lieben Gott" redet, dann tun die Leute was sie wollen.

Am selben Tag wird die Profil-Ausgabe Nr. 17/09 verteilt, darin sagt der Beinahe-Bischof Gerhard Wagner: "Ich setze mein gesamtes Geld dafür ein, wenn mir jemand die Bibelstelle bringt, wo die Rede vom lieben Gott ist. Den lieben Gott, der alles macht, was die Menschen sich wünschen, weil er so liebt ist, den gibt es nicht."

Abgesehen davon, dass es nicht nur den "lieben Gott" vom Schönborn, sondern auch den "strafenden Gott" vom Wagner nicht gibt, seien hier doch von atheistischer Seite ein paar schöne Bibelstellen als Beispiele angeführt, die Wagner recht geben:

Mt 13: 41-42 Der Sohn des Menschen wird seine Engel aussenden, und sie werden aus seinem Reich alle Ärgernisse zusammenlesen und die, die Gesetzlos tun; und sie werden sie in den Feuerofen werfen: da wird das Weizen und das Zähneknirschen sein.

Mt 25: 41 Dann wird er auch zu denen zur Linken sagen: Geht von mir, Verfluchte, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln!

Mt 5: 22 Ich aber sage euch, daß jeder, der seinem Bruder zürnt, dem Gericht verfallen sein wird; (...) wer aber sagt: Du Narr! der Hölle des Feuers verfallen sein wird.

Mt 10: 28 Und fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, die Seele aber nicht zu töten vermögen; fürchtet aber vielmehr den, der sowohl Seele als Leib zu verderben vermag in der Hölle!

Mt 18: 9 Und wenn dein Auge dir Anlaß zur Sünde gibt, so reiß es aus und wirf es von dir! Es ist besser für dich, einäugig in das Leben hineinzugehen, als mit zwei Augen in die Hölle des Feuers geworfen zu werden.

Röm 5: 16 Und mit der Gabe ist es nicht so, wie es durch den einen kam, der sündigte. Denn das Urteil führte von einem zur Verdammnis, die Gnadengabe aber von vielen Übertretungen zur Gerechtigkeit.

Im apostolischen Glaubensbekenntnis heißt es: ... dritten Tage auferstanden von den Toten, aufgefahren in den Himmel; er sitzt zur Rechten Gottes, des Vaters; von dort wird er wiederkommen zu richten die Lebenden und die Toten.

Der heutige "liebe Gott" ist bloß ein Zeitgeistangebot. Denn schließlich muss sich der christkatholische Gott ethisch zumindest gleich lieb präsentieren können wie es die Grünen tun. Amen.

Menschen, nicht Religion schützen

Am 21. April 2009 haben die 140 Teilnehmerstaaten der Antirassismus-Konferenz in Genf eine Abschluss-Erklärung angenommen. Mit dieser überraschenden Aktion wollte man die Wogen nach dem Auftritt von Irans Präsidenten Ahmadinedschad glätten. Bei seiner israelfeindlichen Rede Montag Abend hatten viele westliche Diplomaten, darunter die Vertreter der EU, den Konferenzsaal verlassen. Andere Länder wie die USA, Deutschland oder Kanada waren wegen befürchteter israelfeindlicher Töne erst gar nicht nach Genf gereist.

Menschenrechte: Menschen, nicht Religionen schützen

Tatsächlich war das Thema Meinungsfreiheit einer der umstrittensten Punkte bei der Ausarbeitung der Genfer Antirassismus-Erklärung. Islamische Länder wollten zunächst den Schutz vor Verleumdung der Religionen zum Menschenrecht erheben. Kritik am Islam wie die umstrittenen dänischen Mohammed-Karikaturen wäre damit eine Menschenrechtsverletzung. Doch die westlichen Staaten wehrten sich dagegen, das sei ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Nun fehlt diese Forderung im Schlussdokument. Das ist auch gut so, findet Heiner Bielefeldt vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin: "Die Subjekte des menschenrechtlichen Schutzes sind nicht Religionen, sondern sind Menschen. Es geht, wenn man über das Thema Diffamierung reden will, immer um die Diffamierung von Menschen. Es ist sinnvoll, dass das jetzt so nicht mehr drinnen ist. Es muss möglich sein auch über Religionen kritisch zu reden." (ORF-Meldung vom 24.4.09)

Berlin: "Pro Reli" verliert Abstimmung

Die deutsche Hauptstadt Berlin zeichnet sich besonders dadurch aus, dass die große Mehrheit der Bevölkerung konfessionslos ist. Vor drei Jahren wurde daher von der rot-roten Stadtregierung ein für alle verpflichtender Ethikunterricht eingeführt und der Religionsunterricht zu einem zusätzlichen Freifach gemacht, das auf nur geringes Interesse stieß.

Die Religionsgemeinschaften versuchten nun den verpflichtenden staatlichen Religionsunterricht wieder zu bekommen, sie sammelten Unterschriften für eine Volksabstimmung.

Am 26. April 2009 wurde diese Abstimmung abgehalten, das notwendige Ziel, eine Mehrheit von Ja-Stimmen im Ausmaß von mindestens 25 % der Wahlberechtigten zu erreichen, ist klar gescheitert.

Die *Deutsche Welle* meldete bereits am 26.4. um 20h: *BERLIN: In der Bundeshauptstadt wird Religion weiterhin kein reguläres Schulfach sein, nachdem ein Volksentscheid zur Aufwertung des freiwilligen Religionsunterrichts gescheitert ist. Die Mehrheit der Abstimmenden hat sich gegen die "Pro Reli" genannte Initiative ausgesprochen, wie die Wahlleitung nach Auszählung fast aller Stimmen mitteilte.*

Hier die Übersicht zur Abstimmung:

Ergebnis Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion, Ausgezähltes Ergebnis (bei 100%: Vorläufiges Ergebnis)

Region	Abstimmungs- beteiligung	Ja		Nein	Ungültig
		in % der Teilnehmer	in % der Stimm- berechtigten	in % der Teilnehmer	in % der Teilnehmer
Mitte	24,3	44,8	10,9	55,0	0,2
Friedrichshain-Kreuzberg	26,2	27,1	7,1	72,7	0,2
Pankow	27,9	28,9	8,1	70,9	0,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	34,3	60,5	20,8	39,3	0,2
Spandau	28,1	69,2	19,4	30,7	0,2
Steglitz-Zehlendorf	41,4	66,3	27,4	33,5	0,2
Tempelhof-Schöneberg	33,6	60,9	20,5	38,9	0,2
Neukölln	26,5	61,8	16,4	37,9	0,3
Treptow-Köpenick	27,7	26,3	7,3	73,5	0,2
Marzahn-Hellersdorf	21,6	22,7	4,9	77,0	0,3
Lichtenberg	23,2	21,3	5,0	78,4	0,3
Reinickendorf	33,2	69,1	22,9	30,7	0,2
Berlin insgesamt	29,2	48,5	14,2	51,3	0,2

Demnach erreichten die Klerikalen nur in einer einzigen Region (Steglitz-Zehlendorf) die nötigen Ja-Stimmen! 70 % der Wahlberechtigten blieben daheim!

Die Kirchen und die CDU hatten sich massiv bemüht, die früheren Privilegien der Religionsgemeinschaften wieder zu erlangen. Dieses Abstimmungsergebnis ist eine schwere politische und ideologische Niederlage der Klerikalen und ein wichtiger Schritt in Richtung Trennung von Staat und Religion. In Österreich ist so eine Entwicklung noch nicht absehbar, aber der Weg in diese Richtung ist fixiert!

Nein danke: "Abendland in Christenhand"



Die FPÖ plakatiert für die EU-Wahl u.a. den Slogan "Abendland in Christenhand".

Denken wir zurück an die Zeit als das "Abendland" tatsächlich noch in "Christenhand" war! Religionszwang, Ketzer- und Hexenverfolgung, Inquisition. Später katholischer Kampf gegen Grund- und Freiheitsrechte, Antimodernismus, Klerikalfaschismus!

Jeder Zentimeter, den das europäische "Abendland" der "Christenhand" entwinden konnte, war ein Fortschritt!

Eine Partei, die Europa wieder in den Würgegriff der "Christenhand" geben will, ist das Letzte, das wir brauchen! Für ein säkulares Europa!

Ratzinger in Israel

Die lange geplante Reise von Papst Benedikt nach Israel wäre beinahe an der päpstlichen Rehabilitierung der Pius-Sekte gescheitert, siehe dazu in der News-Liste diverse diesbezügliche "Pius-News".

Nun kam die Nahostreise doch zustande, Ratzinger traf nach einem Aufenthalt in Jordanien am 11.5.09 in Israel ein. Angesagt war klarerweise ein Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Ratzinger verurteilte hier den Antisemitismus (nona, begrüßen wird er ihn!), verweigerte aber die Besichtigung der Gedenkstätte. Denn dort wird auf einer Tafel die Rolle des Papstes Pius XII. kritisch beleuchtet. Der Vatikan leugnet bis heute die negative Rolle dieses Papstes während des Zweiten Weltkrieges, verweigert aber bisher die Öffnung der Archive und möchte Pius12 gerne "selig sprechen" lassen.

Papst-Sager

Interessant ein Ratzinger-Sager auf dieser Tour: "Der Heilige Stuhl und der Staat Israel teilen viele gemeinsame Werte, vor allem die Verpflichtung, der Religion den ihr gebührenden Platz im Leben der Gesellschaft zu geben. (...) Wenn man die religiöse Dimension des Menschen leugnet oder beiseite schiebt, wird damit die eigentliche Grundlage für ein richtiges Verständnis der unveräußerlichen Rechte des Menschen aufs Spiel gesetzt."

Auflehnung dagegen

Es darf einmal bezweifelt werden, dass Israel ein religiöser Staat wie der Vatikan ist. Zwar spielen leider auch dort in der Politik eine Reihe von religiösen Parteien eine negative Rolle, aber trotzdem besteht in Israel kein religiöser Zwang!

Leuten mit "religiöser Dimension" wird in aufgeklärten Ländern diese Dimension von niemandem weggeschoben, aber zu verlangen, der Religion einen "gebührenden Platz im Leben der Gesellschaft zu geben", das ist einerseits keine gesellschaftliche Aufgabe und andererseits eine Sache der Interpretation. Die Inquisition, Dollfuß, Franco und die Taliban waren/sind sicher auch dafür, einen von ihnen definierten "gebührenden Platz" der Religion haben zu müssen.

Und die "unveräußerlichen Rechte des Menschen"?

Die katholische Kirche versucht sich seit einiger Zeit als Repräsentant (wenn nicht gar als Erfinder) der Menschenrechte aufzuspielen. Im Antimodernismuskampf im 19. Jahrhundert hat sie die Menschenrechte durch päpstliche Bullen verdammt, im 20. Jahrhundert hat sie auf den Klerikalfaschismus und einen "Gott, von dem alles Recht ausgeht" gesetzt. Und jetzt, weil es einfach überhaupt nicht mehr anders geht: jetzt ist man für die "unveräußerlichen Menschenrechte".



Die christliche "Verfassung" der klerikalfaschistischen Diktatur bekämpfte entschieden die "unveräußerlichen Menschenrechte"! Das geht heute nimmer - oh ihr Lügner, Heuchler und Pharisäer!

Irland: Kinder in Christenhand

Die katholischen Nächstenliebesschleimer haben aktuell wieder ein Problem. In Irland liegt nun der Endbericht über die katholischen Kinder"erziehungs"anstalten vor, die von den späten Dreißiger- bis in die Achtzigerjahre be-

hinderte Kinder, uneheliche Kinder, Waisenkinder in ihren Anstalten gefangen halten durften und sie in alter katholischer Tradition drangsalierten, prügeln und schändeten.

Der Endbericht unterschlägt alle Täternamen, die von den tausenden befragten Opfern geäußert wurden. Nach 1970 nahmen die katholischen Untaten ab, nicht etwa, weil man humaner geworden wäre, sondern weil um 1970 ein großer Teil dieser über 200 katholischen Kinderfolteranstalten geschlossen wurden. Besonders grotesk war, dass die Opfer auf Gerichtsbeschluss aufgrund einer Empfehlung eines Inspektors der "Irishen Gesellschaft für die Verhinderung von Grausamkeiten gegen Kinder" den grausamen katholischen Praktiken ausgeliefert worden waren.

Die Gesamtzahl der Opfer wird auf 35.000 geschätzt, bisher haben 12.000 eine staatliche Entschädigung von insgesamt gut einer Milliarde Euro erhalten.

Die Täterkirche hat nichts bezahlen müssen, für die genügt es, wenn der irländische katholische Kirchenchef Kardinal Sean Brady Betroffenheit heuchelte und Sätze wie "Es tut mir aufrichtig leid und ich bin zutiefst beschämt, dass Kinder so grauenhaft in diesen Einrichtungen leiden mussten" von seinen Lippen triefen ließ.

Selber hat man also nicht einmal das Allermindeste geleistet, nicht einmal die Kosten des Staates für die Opfer der katholischen Sadisten und Kinderschänder übernommen! Aber bei der nächstbesten Gelegenheit wird wieder von katholischer Nächstenliebe gefaselt werden.

Die katholische Kirche präsentierte sich also - wenig überraschend - wieder einmal als Macht besessene und geldgierige Heuchlerbande.

Wenn es einen Gott gäbe, hätte sie längst der Teufel geholt! Dass sie immer noch existiert, beweist den Atheismus!

Strache als Exorzist

Im Zuge des EU-Wahlkampfes versucht die Strache-FPÖ sich als christlicher Abendland-Kämpfer zu gebärden. "Abendland in Christenhand" wurde plakatiert und bei einer von der FPÖ mitorganisierten Wiener Demo gegen einen Moscheebau trat Strache himself mit dem Kreuz in der Hand dem islamischen Schaitan (Teufel) mutig entgegen:



der am Vatikan tätige katholische Exorzist Pater Gabriele Amorth zeigt das gleiche Handling: Strache und Amorth wissen: es gilt den Teufel auszutreiben, das hat schließlich auch Jesus schon gemacht!



(Jesu Teufelsaustrieb erfolgte noch ohne Kreuz, weil vor der Kreuzigung)

Kirchenkritik an Strache

Die leitenden katholischen Funktionäre reagierten unwirsch auf das freiheitliche Abendland in Christenhand und auf den stracheschen Kreuzeinsatz im EU-Wahlkampf.

Bei seiner Predigt am Christihimmelfahrtstag (das war der Feiertag vorm Zwickelfreitag am 22.5.) definierte Kardinal Schönborn das Kreuz so: "Es geht darum, im Kreuz ein Zeichen der Liebe zu sehen, die Gewalt nicht mit Gewalt und Hass nicht mit Hass beantwortet".

Ja genauso war es in der Geschichte der katholischen Kirche, das Kreuz war das Zeichen der Liebe! Keine Gewalt, kein Hass, keine Ketzerverfolgungen, keine Hexenverbrennungen, keine Zwangsmissionierungen und -bekehrungen, keine Glaubenskriege, keine Wissenschaftler am Scheiterhaufen, keinen Kampf gegen die Grund- und Freiheitsrechte, keinen Antimodernismus, keinen Klerikalfaschismus. Es gibt in Wirklichkeit bestimmt nicht einmal den StGB-§188, der die "Herabwürdigung religiöser Lehren" unter Strafe stellt!

Dass man sagt, irgendwer müsse "zu Kreuze kriechen" hat wohl auch gar nix mit dem katholischen *Kreuz der Liebe* zu tun. Nicht einmal in Linz, wo 2008 die Stadtverwaltung vor ÖVP und katholischer Kirche bezüglich der Zwangsanbringung von Kreuzen in den Kindergärten zu Kreuze kroch.



OÖNachrichten vom 22.5., Seite 1: *Auf Ablehnung stößt zudem der FP-Wahlslogan "Abendland in Christenhand". "Ich fürchte mehr ein glaubensloses Abendland, mahnte Schönborn.*

Es ist ja sehr nett, wenn sich Schönborn auch vor einem "Abendland in Christenhand" fürchtet und ein glaubensloses Abendland bloß "mehr fürchtet".

Bei der ersteren Furcht können wir ihm folgen, das Abendland in Christenhand war furchtbar. Zur Steigerung seiner zweiten Furcht wollen wir auch weiterhin mit unseren geringen Kräften unsere kleinen Beiträge leisten!

Nicht sehr viel Segen für HC "Christenhand" Strache

Zwar hat HC Strache nach der EU-Wahl am 7. Juni 2009 sich selber begeistert über den großen Wahlerfolg, die FPÖ habe schließlich ihre Stimmen gegenüber 2004 verdoppelt!

Allerdings sind die erreichten 12,7 % weniger als die Hälfte der 27,6 % der EU-Wahl von 1996, wesentliche weniger als bei der EU-Wahl 1999 (23,4 %) und auch merkbar weniger als die 17,5 % der NRW von 2008. Wenn man berücksichtigt, dass (hauptsächlich in Kärnten) das BZÖ der FPÖ geschadet hat und daher beide Parteien zusammenrechnet, ergeben sich auch bloß 17,3 %, diese Summierung betrug bei der NRW 2008 stolze 28,2 %, also um 10,9 % mehr!

Offenbar hat der eifernde Deutschnationalismus des 3. Nationalratspräsidenten Martin Graf eher nur den harten Kern der FPÖ begeistert und das Bekenntnis des HC Strache zum Würgegriff der Christenhand aufs Abendland keine Massen mobilisiert.



jetzt ist er sogar gefirmt, der HC, aber mögliche WählerInnen sind glücklicherweise vorm Kreuz geflüchtet - vermutlich zu H.P. Martin

Wir trauern um Fritz Inkret

Am 14. Juni 2009 ist in Leoben Fritz Inkret im 94. Lebensjahr verstorben. Aus seiner Lebensgeschichte ergab es sich logisch, dass er antiklerikal gesinnt war.

Denn im Februar 1934 kämpfte er als Schutzbündler aktiv gegen die Klerikalfaschisten, er war der letzte noch lebende Freiheitskämpfer von damals. Bis zuletzt trat er als Zeitzeuge auf und berichtete über das damalige Geschehen als die Christlich"sozialen" als weltlicher Arm der auf den Klerikalfaschismus setzenden katholischen Kirche in Österreich die Demokratie beseitigten.

Im Bild: Fritz Inkret erzählt im Oktober 2008 den Teilnehmern des öö. Antifa-Netzwerktreffens von den Februarkämpfen 1934



Wir werden Fritz Inkret in dankbarer Erinnerung behalten, sein Schicksal beschrieb der Autor Walter Kohl im Buch "Nacht die nicht enden will".

Pfarrer Friedl: Zölibat oder nicht?

Am 19. Juni verlautbarte der Linzer Bischof Schwarz, Pfarrer Friedl, der von ihm wegen seines öffentlichen Bekenntnisses zu seiner Lebensgefährtin als Dechant abgesetzt und aufgefordert worden war, wieder ein zölibatäres Leben zu führen, habe dies in einem Brief an ihn zugesagt. Bischof Schwarz hat diesen Brief anlässlich des am 15. 6. erfolgten Rapportes beim Papst dort vorgelegt und nun öffentlich präsentiert.

Der ORF fragte bei Friedl nach. Der meint, er wisse nichts von einem Brief. Was zuerst allseitig (auch auf dieser Seite) so verstanden wurde als habe Friedl keinen Brief geschrieben. Dann hieß es, Friedl habe gemeint, es ginge um einen Antwortbrief aus Rom.

In der Folge tauchen dazu wieder andere Medienmeinungen auf. Friedl habe doch gemeint, er habe gar keinen Brief geschrieben ...

Vielleicht wurde ihm nur klar gemacht, dass er nicht widersprechen soll, wenn der Bischof was verkündet. Zur katholischen Heuchelpraxis passte das auf jeden Fall.

Ebenfalls dazupassen täte, wenn nunmehr die Diözesanführung so täte, als wäre der Pfarrer von Ungenach wieder auf dem kirchenrechtlichen Weg und dieser weiterhin das tut, was er bisher getan hat, aber es nimmer öffentlich verkündet. Zumindest bis er in Pension ist ...

Am 17. Juli war dann den OÖNachrichten zu entnehmen, dass die Angelegenheit erledigt sei. Allerdings war nicht zu erfahren, wie. Denn der befragte Pfarrer Friedl sagte, er halte sich nach fünf Gesprächen mit dem Bischof an die getroffene Abmachung, nichts mehr darüber zu sagen. "Ich habe für mich alles geklärt. Mein Privatleben ist privat."

Das horcht sich eher nicht nach Zölibat an ...

Gottesbeweis im Albertina-Depot

In der Albertina in Wien lagern in einem Kellerdepot 950.000 Kunstwerke. Im Zuge der im Juni durch Österreich strömenden Hochwässer sickerten etwa zwei Kubikmeter Wasser in dieses Depot ein. Einige Kunstpackungen wurden etwas nass, aber nichts wurde wirklich beschädigt.

Albertina-Direktor Klaus Albrecht Schröder weiß, warum es doch noch gut ausging! Gott hat geholfen und seine schützende Hand übers Depot gehalten! Es war nicht der seinerzeitige Vizedirektor Weidinger, der auf eigene Initiative die Depotbehälter oben noch mit Blechdächern zusätzlich sichern hatte lassen, nein es war Gott! Und Schröder erklärt öffentlich, die Bewahrung der Kunstschatze war kein "kleines Wunder", sondern "so etwas wie ein moderner Gottesbeweis".

Leider gab es dazu keine Journalistenfragen, warum sich Gott nicht darum bemüht hat, rechtzeitig den Regen abzustellen und damit das Hochwasser zu verhindern? Oder wo Gott zum Zeitpunkt der Errichtung des Tiefdepots war und warum er sich damals nicht um eine wasserdichte Bauausführung gekümmert hat?

Aber vielleicht übernimmt katholische Kirche die Sanierungskosten und die Ausgaben für die Auslagerung der 950.000 Kunstwerke, weil ihr Gott zu spät eingegriffen hat?

Das wäre ein wahres Wunder!

Ende des "Linzer Weges"

Der frühere Linzer Bischof Aichern war ein der Welt zugewandter Mensch gewesen und deswegen von den strengkatholischen Kreisen gar nicht gerne gesehen, Beschwerden über seinen "Linzer Weg" wurden oft nach Rom abgesandt.

Als sein Nachfolger wurde mit Bischof Schwarz ein deutlicher konservativerer Funktionär auserwählt, der sich auch gleich daran machte, die Zügel wieder anzuziehen.
Die missglückte Bestellungen eines Scharfmachers von der strengkatholischen Fraktion zum Weihbischof und der Umgang mit priesterlichen Sündern (Pfarrer Friedl & Freundin) hatten in Rom eine ausgiebige Kopfwäsche zur Folge.
Jetzt musste ein Opfer am Altar der echt katholischen Rechtgläubigkeit gebracht werden, Ferdinand Kaineder, der Sprecher der Diözese Linz musste gehen. Er war ein liberaler Katholik, sozusagen ein Überrest der Aichern-Zeit gewesen.
Damit ist die neue Linzer Linie klar: kehrt Euch! Im Gleichschritt, marsch!
Wir wünschen der katholischen Kirche viel Spaß auf diesem neuen Weg! Den Priesterangel mittels eifriger Bemühungen um die Erzeugung eines Gläubigenmangels zu bekämpfen, halten wir für eine ganz ausgezeichnete Idee! DANKE!

Welche Gnade: Werberat gewährt Atheisten Religionsfreiheit

Nachdem die Wiener Linien die Anbringung atheistischer Werbung auf Bussen verweigert hatte, wurde die Aktion nun auf Haltestellenwerbeflächen umgeleitet, wo die Plakate am 16.7. angebracht werden.
Auch das ist anscheinend nicht so einfach wie der ORF-Meldung dazu entnommen werden kann:
(..) Die Kirche steht der Kampagne gelassen gegenüber. (..) Mehr Probleme mit der Kampagne hat der Österreichische Werberat. Er wurde von der GEWISTA um eine Meinung dazu gebeten, ob die Sujets gegen die Selbstbeschränkungsregeln der Werbewirtschaft verstoßen würden.
"Wir sind mit einer sehr knappen Mehrheit zur Überzeugung gekommen, dass auch für den Atheismus das Prinzip der Religionsfreiheit gilt", so Geschäftsführer Markus Deutsch. Allerdings gebe es deutliche Bedenken, dass hier religiöse Diskriminierung vorliege oder religiöse Gefühle verletzt würden.
Man stelle sich vor! Der Werberat gibt den Atheisten Religionsfreiheit! An sich hatten wir vermutet, dass das Staatsgrundgesetz von 1867 im Artikel 14⁷⁾ den Atheisten das Recht auf Religionsfreiheit gibt, aber 2009 wurde das mit knapper Stimmenmehrheit sogar vom Werberat bestätigt! Hallelujah!

CDU und CSU zuwenig christlich? Nachwahlversion

Kath.net-Meldung vom 11. 8. 2009:

Bürger können am 27. September zwischen 27 Parteien und Vereinigungen wählen.
Bei der Bundestagswahl am 27. September werden drei christliche Kleinparteien antreten: die Partei Bibeltreuer Christen (PBC), die Deutsche Zentrumspartei und die Christliche Mitte (CM). Die erst im vergangenen Jahr gegründete Partei für Arbeit, Umwelt und Familie (AUF) wird nicht an der Wahl teilnehmen, da sie sich nach eigenen Angaben noch im Aufbau befindet.
Insgesamt werben 27 Parteien und politische Vereinigungen um die Gunst der Wähler. 52 hatten sich um eine Zulassung bemüht.
Keine der christlichen Kleinparteien wird bundesweit auf dem Wahlzettel stehen. Die PBC tritt in Bayern, Baden Württemberg, Bremen und Rheinland Pfalz an. In Niedersachsen werben Direktkandidaten der Partei in den Wahlkreisen Gifhorn/Peine und Wolfsburg-Helmstedt um Stimmen. Die Zentrumspartei kann man in Nordrhein-Westfalen, die Christliche Mitte in Bayern wählen.

CDU und CSU werden die deutschen Wahlen ziemlich sicher ziemlich deutlich gewinnen. Für unsereins schlimm und christlich genug. Wir werden uns jedoch bemühen, nicht darauf zu vergessen, nach dem 27. 9. nachzusehen, wieviele Zehntelpromille die noch weit christlicheren kleinen Fundi-Christenparteien eingefahren haben ...
Nachschau nach dem 27.9.: CDU/CSU & FDP haben die Wahlen gewonnen.
Hier die Nachschau bei den religiösen Kleinparteien: PBC: 40.391 - CM: 6.825 - Die Violetten für spirituelle Politik: 32.078 - Zentrumspartei: in Ergebnisliste nicht auffindbar - AUF: ebenfalls nicht ausgewiesen - die Ganzkleinparteien (unter 1.000 Stimmen) standen auf der offiziellen Ergebnisliste unter "Übrige".

Katholikenstatistik

Die katholische Kirche in Österreich hat unlängst (August 2009) diverse Statistiken veröffentlicht. Unter anderem über den Kirchenbesuch am Sonntag. Dazu werden einmal im Jahr österreichweit alle MessebesucherInnen gezählt. Die Zahlen für 2008 geben an, dass 13 % der Kirchenmitglieder an diesem Tag in der Kirche gewesen wären, was reichlich seltsam erscheint. Man kann sich vielleicht vorstellen, dass die Pfarrer ihre Schäfchen animieren an diesem Zähltag mit Kind und Kegel anzurücken. Trotzdem ist es unglaubwürdig. Nach den Mitgliederzah-

⁷⁾ Artikel 14. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist jedermann gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig; doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntnis kein Abbruch geschehen. Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Teilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden, in sofern er nicht der nach dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt eines anderen untersteht.

len der Pfarren müssten dann sonntags zum Beispiel in Ansfelden fast 500 Leute in der Kirche sein, in Traun fast 1.000, in Freistadt gegen 900, in Linz-Herz-Jesu 750, in Goisern über 400 usw.

Also vielleicht sollten wir uns einmal hinstellen am Sonntag und nachzählen?

Im Zusammenhang mit der Katholikenstatistik wurde von uns nun auch versucht, den Mitgliederbestand mittels der Geburten und Sterbefälle zu kontrollieren.

Für Oberösterreich gelang es auch die entsprechenden Zahlen zu ermitteln:

Demnach gab es 2008 13.540 Geburten und 10.256 Taufen, 10.966 Sterbefälle und 9.904 katholische Begräbnisse. In Oberösterreich sind 73,82 Prozent der Einwohner Mitglieder der katholischen Kirche. Darum müssten demnach 9.995 Taufen und 8.833 Begräbnisse sein. Somit sind die Taufen um 261 über dem rechnerischen Anteil, die Sterbefälle aber um 1.071, es herrscht also ein deutlicher Sterbeüberschuss. Katholisch getauft wurden 75,75 Prozent der Geborenen, katholisch begraben wurden 82,77 Prozent der Verstorbenen, Geburtenüberschuss in OÖ 2008: 2.574, Katholikenüberschuss: 352.

Die Nichtkatholischen sind am Vormarsch!

Katholische Kirche versucht Abtreibungsdebatte

Weil in der Bibel steht "seid fruchtbar und vermehrt Euch", vertritt die katholische Kirche die Auffassung, sich nicht zu vermehren sei gegen den göttlichen Willen gerichtet und daher ganz schwer sündhaft. Darum verbat man alle Arten der Schwangerschaftsverhütung, einschließlich des coitus interruptus, weil auch darauf schien der Herr die Todesstrafe² verhängt zu haben.

Die Leibfeindlichkeit des Katholizismus tobte sich offiziell immer besonders gegen die Sexualität aus, wenn jemand bei irgendwas Spaß an der Freude hatte, dann konnte das nur sündhaft sein!

Natürlich waren im realen Leben auch die allermeisten Katholiken nicht so streng wie die religiöse Theorie, man verhütete so gut oder schlecht es ging und für Missgeschicke hatte man die "Engelmacherinnen", die in ihrer ursprünglichen Funktion keine Schwangerschaftsabbrüche durchführten, sondern Sorge darum trugen, dass ungewünscht geborene Kinder alsbald zu "Engeln gemacht" wurden.

Im 20. Jahrhundert blieb dann der Amtskirche nichts mehr anderes übrig als zumindest die Beachtung der fruchtbaren und unfruchtbaren Tage der Frau als frei von Sünde zu definieren (recht unzuverlässige Methode nach Knaus-Ogino).

Als schließlich Papst Paul VI. seine Pillenzyklika erließ, ignorierten die Bischofskonferenzen in vielen Ländern diese Vorgabe, auch in Österreich wurde 1969 die Frage Pille oder nicht dem "Gewissen" der Katholiken anheim gestellt.

Bis zu den tief greifenden Reformen der Kreiskyzeit in den 1970er-Jahren blieben Schwangerschaftsabbrüche aber noch strafbar und damit zum Teil auch in gefährlichen Händen, Ärzte verlangten dafür exorbitante Beträge.

Als ab 1975 das Strafgesetz entsprechend geändert³ wurde, war die katholische Kirche entschieden dagegen, kleine Gruppen von Fanatikern versuchen immer wieder, Terror gegen Betroffene zu machen.

Als jetzt zum 30. Jahrestag des Bestandes einer Klinik ein Empfang abgehalten werden sollte, waren die Eiferer wieder unterwegs und die katholische Kirche verlangte "flankierende Maßnahmen". Was sie damit genau meint, wird nicht dargelegt. Die Einrichtung von "Lebensborn"-Heimen wie sie die Nazis für ungewollte Mütter betrieben, wird man vermutlich nicht meinen. Eher wird es darum gehen, Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft unter Druck zu setzen, etwa durch eine Zwangsberatung - ähnlich wie in Deutschland.

¹ Genesis, Kapitel 9, 1-7: Und Gott segnete Noah und seine Söhne und sprach: Seid fruchtbar und mehrt euch und erfüllt die Erde. Furcht und Schrecken vor euch sei über alle Tiere auf Erden und über alle Vögel unter dem Himmel, über alles, was auf dem Erdboden kriecht, und über alle Fische im Meer; in eure Hände seien sie gegeben. Alles, was sich regt und lebt, das sei eure Speise (...). Seid fruchtbar und mehrt euch und regt euch auf Erden, dass euer viel darauf werden.

² Genesis 38, 8-10: Da sprach Juda zu Onan: Gehe ein zu dem Weibe deines Bruders, und leiste ihr die Schwagerpflicht und erwecke deinem Bruder Samen. Da aber Onan wusste, dass der Same nicht sein eigen sein sollte, so geschah es, wenn er zu dem Weibe seines Bruders einging, daß er ihn verderbte zur Erde, um seinem Bruder keinen Samen zu geben. Und es war übel in den Augen Jehovas, was er tat; und er tötete auch ihn. Anmerkung zur Fußnote: Onan wurde nicht wegen des coitus interruptus vom Herrn hingerichtet, sondern weil er der damals üblichen Verpflichtung, für seinen verstorbenen Bruder mit dessen Witwe Nachkommen zu zeugen, die als Nachkommen des Bruders gegolten hätten, nicht gefolgt war.

³ Am 1.1.1975 traten folgende Artikel in Kraft: § 97 Strafgesetzbuch, Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs
(1) Die Tat ist nach §96 nicht strafbar, wenn der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird; oder wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Abwendung einer nicht anders abwendbaren ersten Gefahr für das Leben oder eines schweren Schadens für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren erforderlich ist oder eine ernste Gefahr besteht, daß das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde, oder die Schwangere zur Zeit der Schwängerung unmündig gewesen ist und in allen diesen Fällen der Abbruch von einem Arzt vorgenommen wird; oder wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Rettung der Schwangeren aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Lebensgefahr unter Umständen vorgenommen wird, unter denen ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist.
(2) Kein Arzt ist verpflichtet, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen oder an ihm mitzuwirken, es sei denn, daß der Abbruch ohne Aufschub notwendig ist, um die Schwangere aus einer unmittelbar drohenden, nicht anders abwendbaren Lebensgefahr zu retten. Dies gilt auch für die im Krankenpflegefachdienst, in medizinisch-technischen Diensten oder im Sanitätsdienst tätigen Personen.
(3) Niemand darf wegen der Durchführung eines straflosen Schwangerschaftsabbruchs oder der Mitwirkung daran oder wegen der Weigerung, einen solchen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen oder daran mitzuwirken, in welcher Art immer benachteiligt werden.

Dass in Österreich die Fortpflanzungsrate - wie in den meisten europäischen Staaten - zu gering ist, liegt nicht am § 97 StGB, sondern an den mangelhaften Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder. Staaten mit guten Betreuungseinrichtungen (Frankreich und die skandinavischen Länder z.B.) haben eine deutliche höhere Geburtenrate, während streng katholische Länder wie Polen, Kroatien oder Malta im österreichischen Bereich oder noch darunter liegen.

Katholisches Kampfesgeschrei hilft absolut niemandem!

Gottesmütterchen im Stephansdom

Der im ehemaligen Jugoslawien entstandene Wallfahrtsort Medjugorje erfreut sich unter schlicht strukturierten religiösen Leuten großen Zuspruchs. Rund eine Million von ihnen strömen Jahr für Jahr dorthin und erfreuen sich an der Mär von der dort auftretenden "Gottesmutter Maria".

Am 15. September 2009 machte "Maria" einen Ausflug in den Wiener Stephansdom.

Denn als Ehrengast war Marija Pavlovic-Lunetti, eines der "Kinder" aus Medjugorje, die seit 1981 "Erscheinungen der Muttergottes" behaupten, am "Fest der Schmerzen Mariens" im vollbesetzten Wiener Stephansdom anwesend.

Frau Pavlovic-Lunetti verkündete (lt. kath.net), dass Medjugorje "eine Einladung der Muttergottes ist, zu Gott zurückzukehren". Denn die Erde habe ohne Gott keine Zukunft. Danach folgte ein von Frau Pavlovic vorgebeteter Rosenkranz, den diese plötzlich abbrach, weil ihr "in diesem Moment die Muttergottes erschien", wie kath.net schrieb, "es trat eine große Stille im Dom ein und eine Atmosphäre des Friedens, wie er von vielen Menschen auch in Medjugorje erlebt wird".

Diese Marienerscheinung kann man sich anschauen:

Video von der Marienerscheinung in Wien



(Quelle kathTube, Linkstart durch Anklicken des Bildes, die "Erscheinung" findet statt, wenn die "Seherin" plötzlich wispernd in die Luft starrt - **Anm.:** durch die Übertragung auf PDF ging diese Funktion verloren).

Schaut Euch dieses Erscheinungswunder an!

Ebenfalls anwesend war Kardinal Schönborn, der natürlich in Anbetracht der versammelten Gläubigenmassen ganz begeistert war und u.a. sagte:

"Es ist ein großes Geschenk, dass die Muttergottes allen ihren Kindern so nahe sein will! Sie hat es an so vielen Orten der Welt gezeigt. Und seit vielen, vielen Jahren zeigt sie es in einer ganz besonders nahen Weise in Medjugorje.

Wir dürfen dem Herrn dafür danken, dass Er durch Seine Mutter so viele Menschen in diesen nun fast schon 30 Jahren zur Liebe Gottes geführt, ihnen Seine Liebe gezeigt hat und dass so viele Menschen Heilung, Umkehr und Erneuerung gefunden haben." Etc.

Man könnte glauben, die Vorstellungswelt der Anhängerschaft von Andy Borg und Hansi Hinterseer sei der tiefste denkbare Level, nein, es geht noch tiefer hinunter!

"Zwei Dinge sind unendlich: Das Universum und die menschliche Dummheit. Aber beim Universum bin ich mir noch nicht sicher." Albert Einstein

"Vatikan hatte Informationen über Williamson"

Die katholische Diözese Stockholm behauptet, den Vatikan schon im November 2008 über die antisemitischen Aussagen von Bischof Richard Williamson informiert zu haben. Ein Papst-Sprecher dementiert dies.

Rom - Der Vatikan soll laut Diözese Stockholm weit früher als bisher gewusst haben, dass Bischof Richard Williamson in einem Fernsehinterview den Holocaust geleugnet hat. Dennoch wurde im Jänner 2009 die Exkommunikation des Piusbruderschaftsrepräsentanten aufgehoben.

Man habe Ende November 2008 Informationen über das erst am 21. Jänner 2009 im schwedischen Fernsehen ausgestrahlte Williamson-Interview an den Nuntius in Schweden weitergeleitet, sagte Diözesensprecherin Maria Heselgren der Austria Presseagentur.

Der Nuntius, Erzbischof Emil Paul Tscherrig, habe diese Informationen nach eigener Aussage kurz danach Rom übermittelt. In dem Report an den Vatikan hieß es laut Spiegel online: "Von höchstem Interesse ist es, dass während eines Interviews mit Bischof Richard Williamson dieser den Holocaust leugnet. Dies ist gegen das Gesetz und wird in Deutschland strafrechtlich verfolgt."

Papstsprecher Pater Federico Lombardi dementierte am Mittwoch (23.9.) entschieden, dass der Papst vor der Aufhebung der Exkommunikation der vier Piusbruderschafts-Bischöfe über die Holocaustleugnung Williamsons informiert gewesen sei. Niemand dürfe das Gegenteil behaupten. "Der Brief des Papstes an die Bischöfe am 10. März hat die Angelegenheit geklärt. Es gibt keinerlei Grund, den Fall wieder zu öffnen", erklärte Lombardi.

Infos aus zweiter Hand

Hesselgren erläuterte, sie sei von Vertretern der evangelisch-lutherischen Kirche über die Holocaustaussagen Williamsons informiert worden. Die Vertreter der evangelischen Kirche hatten wiederum ihre Informationen von Mitarbeitern des schwedischen Fernsehens erhalten. Die Information über die Holocaustleugnung Williamsons sei aus zweiter Hand erfolgt, so Hesselgren.

Mittwochabend (23.9.) wollte sich die schwedische TV-Sendung Uppdrag Granskning erneut dem Thema Williamson widmen. In einer Vorschau fragt der Sender: "Was wusste der Vatikan?"

Im Jänner 2009, drei Tage nach Ausstrahlung des Interviews mit Williamson, hatte der Vatikan bekanntgegeben, dass dessen Exkommunikation und jene von drei weiteren Bischöfen der Piusbruderschaft zurückgenommen worden sei. Der Vatikan erklärte später, der Papst habe vor Rücknahme der Exkommunikation nichts von Aussagen Williamsons gewusst.

Die Piusbruderschaft war 1970 vom französischen Erzbischof Marcel Lefebvre gegründet worden, der das Zweite Vatikanische Konzil zu Religionsfreiheit und interreligiösen Beziehungen ablehnte. 1988 weihte Lefebvre ohne Erlaubnis des Vatikans vier Männer zu Bischöfen, was damals sofort die automatische Exkommunikation sämtlicher Beteiligten nach sich zog.

(APA, spri / DER STANDARD, Printausgabe, 24.9.2009)

Frage: Wer erzählt da Lügen?

Frau Hesselgren? Der Nuntius? Der Vatikan?

Was meint Ihr? Wer ist da wohl der Hauptverdächtige?

Protest gegen Atheistenbeleidigungen!

Presseaussendung vom 28. September:

Österreichs Atheistinnen und Atheisten protestieren gegen einseitige ORF-Berichterstattung

ORF darf beleidigende Äußerungen nicht unkommentiert lassen

Österreichs atheistische und humanistische Vereine zeigen sich irritiert über die Serie von Beiträgen über den Papst-Besuch in Tschechien. Wiederholt transportierte der ORF Äußerungen von Benedikt XVI, die Atheistinnen und Atheisten pauschal verunglimpften. Das öffentlich-rechtliche Medium fand es nicht einmal der Mühe wert, diese Aussagen in gebotener Weise zu relativieren oder Vertreter atheistischer Organisationen um Reaktionen zu bitten. „Gegen diese einseitige Berichterstattung protestieren wird. Der ORF hat sich an das Objektivitätsgebot zu halten und nicht Propaganda zu betreiben“, kritisieren die Vorsitzenden der Vereine.

Menschen, die nicht an Gott glauben oder mit Religions nichts am Hut haben, können keine guten Menschen sein. Politische Ideologien, die ohne Gott auskommen, sind schlecht. Das waren die zentralen Botschaften von Benedikt XVI. auf seiner Tschechien-Reise. „Ähnliche Aussagen über Homosexuelle, Muslime oder Juden wären undenkbar oder würden einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, auch der ORF würde solche Aussagen sehr kritisch kommentieren. Über AtheistInnen darf man so etwas aber offenbar sagen“, kritisieren die Vorsitzenden Österreichs atheistischer und humanistischer Vereine, Theo Maier (Freidenkerbund), Karl Linek (Allianz für Humanismus und Atheismus/AHA) und Erich Eder (AgnostikerInnen und AtheistInnen für ein säkulares Österreich/AG-ATHE).

„Wir sind sehr irritiert, dass solche pauschalen Verunglimpfungen unkommentiert auf einem öffentlich-rechtlichen Sender zu hören sind. Der ORF hat hier sein Objektivitätsgebot schwer verletzt. Die Redaktion hätte sich entweder mit kritischen Formulierungen davon distanzieren können oder VertreterInnen laizistischer Organisationen in Tschechien oder Österreich um Reaktionen bitten können.“ Das sei offenkundig nicht passiert. „Das ist entweder offene Diskriminierung oder Gedankenlosigkeit in einem erschreckenden Ausmaß.“

Vereine verlangen Entschuldigung

Die Vereine verlangen vom ORF eine Klarstellung und eine Entschuldigung. „Wir haben es langsam satt, uns als Konfessionslose ständig als von Grund auf böse Menschen darstellen zu lassen oder zumindest als solche, die zu ethischem Handeln unfähig sind. Das ist eine diffamierende Unterstellung gegenüber der mehr als einer Million konfessionsloser Menschen allein in Österreich im Allgemeinen und zehntausenden AtheistInnen im Speziellen. Und wir denken, dass wir hier auch stellvertretend für die Konfessionslosen und AtheistInnen Tschechiens sprechen. Wir leben im 21. Jahrhundert. Es wäre Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, dass man Menschen nicht einfach so aufgrund ihrer Weltanschauung beleidigen darf.“

Auf die Aussendung reagierte am 29.9. der STANDARD so:



Gesetzesantrag gegen Belästigung von Frauen durch FristenlösungsgegnerInnen

Gesetzesantrag von den Grünen am 30.01.2008 eingebracht

ANTRAG der Abgeordneten Brigid Weinzinger, Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde betreffend ein Gesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird.

Der Nationalrat wolle beschließen: Gesetz, mit dem das Strafgesetzbuch BGBl.Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/2007, geändert wird:

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 105a lautet:

"§ 105a. (1) Wer unangemessenen Druck, sei er moralischer, psychischer oder auch körperlicher Art, auf eine Frau ausübt, die einen nach § 97 Abs 1 StGB straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen lässt oder lassen will, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer einen unangemessenen Druck im Sinne des Abs.1 auf medizinisches oder nicht-medizinisches Personal von mit Schwangerschaftsabbrüchen befassten Einrichtungen ausübt.

(3) Unangemessenen Druck im Sinne des Abs. 1 übt vor allem aus, wer die betroffene Frau gegen ihren Willen

1. beharrlich und nachdrücklich anspricht,
2. versucht, ihr den Zugang zu einer sozialen oder medizinischen Einrichtung zu verwehren, oder
3. versucht, ihr Gegenstände zu überreichen."

Begründung:

Seit mehr als 30 Jahren haben Frauen in Österreich zumindest theoretisch die Freiheit, sich für eine Abtreibung zu entscheiden, denn durch die sogenannte Fristenlösung bleibt ein Schwangerschaftsabbruch straffrei. Doch diese Freiheit wird durch militante AbtreibungsgegnerInnen, die die Durchführung legaler Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern suchen, immer wieder eingeschränkt.

Vor Abtreibungskliniken kommt es ständig zur Belästigung von Frauen, die diese Kliniken betreten möchten. Religiöse FanatikerInnen und militante AbtreibungsgegnerInnen verstellen Frauen, die eine Klinik betreten möchten, den Weg, belästigen sie verbal und üben psychischen Druck auf sie aus. Gerade für Frauen, die sich ohnedies schon in einer schwierigen Situation befinden, ist dies ein unzumutbarer Zustand. Die Privatsphäre und die körperliche Integrität der betroffenen Frauen muss unter allen Umständen geschützt werden.

Die Belästigung der Frauen durch die AbtreibungsgegnerInnen ist nicht nur psychisch verletzend, sondern hat auch negative gesundheitliche Auswirkungen. Durch die Belästigung vor und direkt nach einem medizinischen Eingriff sind die Patientinnen immer wieder extremen Stresssituationen ausgesetzt. Dieser unzumutbare Stress wirkt sich negativ auf die Heilungschancen aus.

Von fanatischen AbtreibungsgegnerInnen belästigt wird darüber hinaus auch das in diesen Einrichtungen beschäftigte medizinische Personal. Diese ArbeitnehmerInnen sind tagtäglich den wiederkehrenden Belästigungen durch religiöse FanatikerInnen auf dem Weg zur und von ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt. Diese Stresssituationen belasten das Personal und wirken sich negativ auf ihre Arbeitssituation aus.

Abhilfe schaffen soll eine Strafbestimmung, die solche Aktionen unter eine gerichtliche Strafe stellt. Denn militante AbtreibungsgegnerInnen haben aufgrund dieser Bestimmung mit Konsequenzen ihres Tuns zu rechnen. Verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte wie die Meinungsfreiheit werden dadurch nicht berührt, weil die Bestimmung nur darauf abzielt, die in belästigender Weise erfolgende Kontaktaufnahme mit betroffenen Frauen zu sanktionieren.

Auch Beratungseinrichtungen fallen per se nicht unter diese Strafbestimmungen, da diese von den Frauen freiwillig aufgesucht werden. Im Sinne des Abs. 3 wird bei einer Beratungsstelle nicht gegen den Willen der Betroffenen gehandelt.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Justizausschuss vorgeschlagen sowie die Durchführung einer ersten Lesung innerhalb von drei Monaten verlangt.

Am 1. Oktober 2009 sind diejenigen, die Gesetzesantrag betroffen sein könnten, empört, auf kath.net meinen sie:

Österreichische Grüne möchten sechs Monat Gefängnis für Lebensschützer.

Die österreichischen Grünen haben vor wenigen Tagen (*Anm.: vor rund 600 Tagen!!*) im österreichischen Parlament eingebracht, der für Pro-Life-Gruppen von großer Bedeutung ist. In dem Antrag soll das österreichische Strafgesetzbuch im § 105 mit einem Zusatz ergänzt werden, mit dem de facto die Lebensschutzarbeit deutlich eingeschränkt wird. *Man zitiert dazu entsprechend entrüstet aus dem Gesetzantrag, tröstet sich aber zum Schluss:* Derzeit gilt es eher als unwahrscheinlich, dass der Antrag der Grünen im österreichischen Parlament eine Chance auf Mehrheit hat.

Womit bewiesen ist, wie wichtig diese Gesetzesänderung wäre!

Giordano Bruno Stiftung warnt vor Kreationismus im Schulunterricht

Die Giordano Bruno Stiftung versandte in Berlin im Oktober 2009 eine Rundmail an Schulleiter, Lehrer, Eltern und Schüler in welcher aufgerufen wird, zu prüfen, ob der Religionsunterricht dem Schulgesetz entspricht.

"Die Behauptung, eine unsichtbare Supermacht namens 'Gott' habe das Universum, die Erde und die Menschen in sechs Tagen erschaffen, steht nicht nur im Widerspruch zu Erkenntnissen über den Menschen und seine Umwelt, sondern auch zu den im Berliner Schulgesetz genannten fachlichen Maßstäben, die in anderen Fächern eingehalten und gelehrt werden."

Denn "Schulen in einem säkularen, demokratischen Staat spielen eine zentrale Rolle für eine offene, freie und tolerante Gesellschaft."

Demnach sollten sie "geschützt werden vor irrationalen Heilslehren", damit "Kindern (...) das Grundrecht auf ein religionsfreies Leben" gewährt wird.

Grund für das Rundschreiben war, dass an einer staatlichen Berliner Grundschule im letzten Schuljahr kreationistische Dokumente an Schüler/innen des evangelischen Religionsunterrichts ausgehändigt worden waren. Es handelte sich dabei u.a. um verschiedene Broschüren des "Missionswerk Werner Heukelbach", in denen die aus der Bibel bekannte Schöpfungsgeschichte als absolute Wahrheit und Evolution als unbelegte Theorie dargestellt wird.

Die Empfänger des Schreibens wurden auch dazu aufgerufen, die Religionsräume an ihrer Schule - sofern möglich - auf kreationistische Schlagworte wie "Spannungsfeld zwischen Schöpfung und Evolution", "Zufall?", "Wissenschaftsglaube", "Intelligent Design" zu überprüfen.

Auch die Arbeitsmaterialien des Religionsunterrichts solle man anhand der Frage kontrollieren, ob hier religiöser Glaube als Glaube oder Wahrheit vermittelt wird.

Ferner wird dazu aufgefordert, nach Gruppierungen wie dem "Missionswerk Werner Heukelbach" und dem Verlag "Wort und Wissen" Ausschau zu halten. Verstöße gegen das Schulgesetz sollten umgehend der Schulleitung oder der Schulbehörde gemeldet werden.

Die evangelische Kirche heulte postwendend auf: Das sei ein atheistischer Aufruf zur Kontrolle des Religionsunterrichtes. "Evangelischer Religionsunterricht wird allein nach den Grundsätzen der Kirche und auf der Grundlage des Rahmenlehrplans erteilt. Der Staat und seine Schulleitungen oder Lehrkräfte haben keine Kompetenz, im Religionsunterricht behandelte religiöse Überzeugungen und Glaubensinhalte zu beurteilen, sofern damit nicht aktiv gegen Verfassungsgrundsätze verstoßen wird." Die Beschäftigung mit biblischen Aussagen zur Schöpfung und mit dem Schöpfungsglauben sei für den Religionsunterricht unaufgebbar. Das habe nichts mit einer Befürwortung des Kreationismus zu tun.

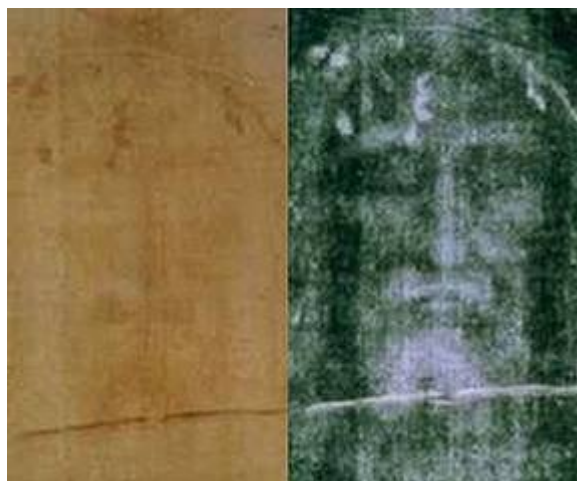
Zum Vorwurf, es würden fallweise kreationistische Materialien verwendet, wurde keine Stellungnahme abgegeben. Auch der "Schöpfungsglaube" wurde nicht näher interpretiert.

Wieder einmal: Das Turiner Grabtuch

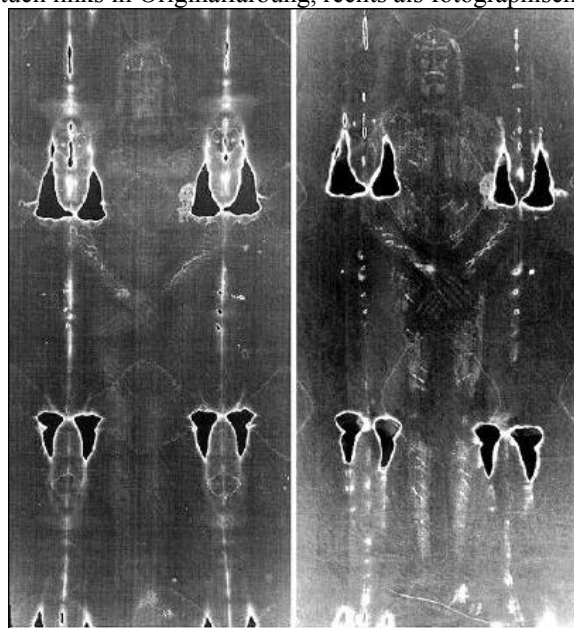
Am 5. Oktober 2009 wurde das "Turiner Grabtuch" wieder einmal zu einem Medienthema. Erstmals im 14. Jahrhundert erwähnt, wird es seit 1578 im Turiner Dom aufbewahrt. Der Stoff mit dem angeblichen Abdruck eines Männerkörpers soll das Tuch sein, in dem der gekreuzigte Jesus zu Grabe getragen worden sein soll. In den Siebzigerjahren waren die angeblichen Blutspuren der angeblichen Wundmale als mittelalterliche Farbstoffe identifiziert worden. 1988 stellten Wissenschaftler mit mehreren C-14-Altersbestimmungen fest, dass das Tuch aus dem 13. oder 14. Jahrhundert stammt.

Die katholische Kirche bestand trotzdem darauf, dass das Tuch weit älter sei und aus dem Ersten Jahrhundert stammen könnte. Speziell berufen sich Kirchenvertreter darauf, dass die Technik der Darstellung des Körpers nicht zu ermitteln sei, keine der bisher vorgeschlagenen Möglichkeiten gebe eine befriedigende Antwort auf offene Fragen.

Das ist nun vorbei. Ein Chemiker der Universität Pavia, Luigi Garlaschelli, hat in nur wenigen Tagen mit Werkzeugen und Materialien, die im Mittelalter verfügbar waren, ein neues Grabtuches hergestellt, das der angeblichen Reliquie entspricht. Garlaschelli weist auch darauf hin, dass die Webmethode für das Tuch erst im Mittelalter entwickelt worden ist und auch die Art der Tuchfaltung bei der angeblichen Leichenumhüllung nicht den hebräischen Bestattungsbräuchen der damaligen Zeit entsprochen habe.



Das Grabtuch links in Originalfärbung, rechts als photographisches Negativ



links das alte und rechts das neue Tuch

Man kann gespannt sein: wie werden die katholischen Funktionäre die Mär vom Abbild Jesu auf dem Tuch weiter verteidigen wollen?

Eine neue Runde im Fall Herr und Frau Pfarrer Friedl

Die frühjährliche Aufruhr der Konservativen in der öö. kath. Kirche ist vielleicht noch erinnerlich, der Dechant und Pfarrer Josef Friedl hatte sich öffentlich zu seiner langjährigen Lebensgefährtin bekannt und war deswegen als Dechant abgesetzt und vom Linzer Bischof zur Rückkehr zum Zölibat aufgefordert worden. Unsere News 121 zu diesem Thema schlossen mit "Am 17. Juli war dann den OÖNachrichten zu entnehmen, dass die Angelegenheit erledigt sei. Allerdings war nicht zu erfahren, wie. Denn der befragte Pfarrer Friedl sagte, er halte sich nach fünf Gesprächen mit dem Bischof an die getroffene Abmachung, nichts mehr darüber zu sagen. "Ich habe für mich alles geklärt. Mein Privatleben ist privat." **Das horcht sich eher nicht nach Zölibat an ..."**

Offenbar horcht es sich nicht nur so an, es ist so - wie ein PRESSE-Artikel belegt:

Fall Friedl: Das Schweigen nach dem Sturm

GEORGIA MEINHART (Die Presse vom 23.10.09, Leitartikel, Seite 35)

Linz. Die Causa Josef Friedl ist abgeschlossen. Zumindest für die Leitung der Diözese Linz: "Es ist alles gesagt", erklärt Bischof Ludwig Schwarz knapp. Auch die Nummer zwei hinter Schwarz, Generalvikar Severin Lederhiller, lässt seine Sekretärin ausrichten, es gebe nichts mehr zu sagen.

Zu fragen gäbe es viel: Warum beruft sich Schwarz auf ein schriftliches Reuebekenntnis Friedls, von dem dieser stets behauptet hat, nichts zu wissen? Warum lebt Friedl nach wie vor in einer Beziehung und bekleidet gleichzeitig weiterhin seine Funktion als Pfarrer? Und schließlich: Warum hält die Kirche am Zölibat fest bei gleichzeitig offenkundiger Unfähigkeit, bei Verstößen auch zu handeln?

Die Vorgeschichte in diesem speziellen Fall: Der 66-jährige Ungenacher Pfarrer Friedl spricht in einer Podiumsdiskussion offen darüber, dass er in einer 25-jährigen Beziehung lebe. Ein echtes Geheimnis war die Sache aber ohnehin nie. Zumindest die Mitglieder der Pfarre Ungenach, aber auch hohe Ebenen der Diözese, wussten seit Langem über die Lebensweise Friedls Bescheid.

Diese Lebensweise hat sich auch nach dem Geständnis bei der Podiumsdiskussion, den darauf folgenden Medienberichten, der diözesanen Ratlosigkeit und auch nach der fadenscheinigen "Lösung" durch den ominösen Brief nicht geändert. Friedl lebt noch immer mit seiner Partnerin zusammen, die Enkel der verwitweten Frau nennen ihn Opa, an dörflichen Veranstaltungen nehmen die beiden zusammen teil. Nun ist Stillschweigen vereinbart. Der Bischof schweigt, Friedl sagt nur, es gehe ihm bestens, er genieße das Leben.

Die Verschleppung schwächt das System: "Es liegt in der Verantwortung des Bischofs, eine Lösung zu finden", meint der Innsbrucker Kirchenrechtler Wilhelm Rees. Langfristig müsse sich die Kirche jedoch "in Richtung Glaubwürdigkeit Gedanken machen" und sich der grundsätzlichen Diskussion zum Zölibat stellen: "Andernfalls wird das Kirchenrecht zum zahnlosen Papiertiger."

Ungenach ist eben alles andere als ein Einzelfall. Laut einer Untersuchung des Pastoraltheologen Paul Zulehner leben zwischen elf und 22 Prozent aller Priester in Österreich in einer Partnerschaft.

Sehr viele davon mit dem Wissen ihres Bischofs. Einige Beispiele: In einer Pfarre lebt ein Priester seine Beziehung offen, er gründete eine Familie, seine Kinder ministrieren. Oder eine weitere Pfarre, in der der Priester im Pfarrhaus mit seiner Lebensgefährtin zusammenwohnt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Dass dies alles der Ortskirche nicht bekannt sein soll, muss bezweifelt werden.

Der doppelbödige Umgang mit dem Problem stärkt konservative Kritiker: "Ich habe das Gefühl, dass viele den Bischof nicht ernst nehmen und ihm nicht immer die Wahrheit gesagt wird", findet etwa Gernot Steier. Der in Niederösterreich lebende Rechtsanwalt ist Sprecher der Gebetsinitiative Kirchentreu und findet "Priester, die ihr eigenes Süppchen kochen und damit nicht die Kirchenlehre, sondern ihre eigene Lehre verkünden", untragbar.

Jüngstes Zugeständnis an den Druck, den Kirchentreu gegen die liberalen Kräfte in Oberösterreich ausübt, glaubt Steier in der Absetzung des langjährigen Kommunikationschefs Ferdinand Kaineder zu entdecken. Dass Kaineder geht – Kirchentreu macht ihn für die Veröffentlichung einer Multimedia-CD verantwortlich, in der auch Homosexualität und Empfängnisverhütung thematisiert werden – war eine Forderung, die der Gebetskreis seit 2006 verfolgte.

Rund 50.000 Euro sind seitdem durch den Beitragsboykott von Kirchentreu auf einem Treuhandkonto angesammelt worden. Nun, nach der Amtsenthebung, wurde eine Vereinbarung über die Beendigung getroffen: "Im Endeffekt war es unsere Initiative, die das bewirkt hat."

Ein Prozess habe den Ausschlag gegeben: "Die Diözese hat fünf Teilnehmer geklagt, um die weltliche Sicht (Einbehaltung des Kirchenbeitrags, Anm.) zu klären. Der Richter gab zu erkennen, dass er unsere Position teilt." Wenige Tage später habe der Bischof Gesprächsbereitschaft signalisiert.

War der Sturz Kaineders also direkte Folge der Kirchentreu-Aktion? "Welche Zusammenhänge konstruiert werden, liegt nicht in meiner Macht", sagt Bischof Schwarz. Am 20. Oktober gab es jedenfalls eine Urabstimmung der Gruppe. Entschieden wurde das Ende des Boykotts, sagt Steier: "Wir werden die rund 50.000 Euro in den nächsten Tagen an den Bischof überweisen."

Soweit die PRESSE. Sogar wir Atheisten könnten jeder aus dem Handgelenk Priester aufzählen, die sich vom Zölibat fernhalten, obwohl wir beileibe keine Nahkontakte zu kirchlichen Kreisen haben. Innerhalb der Kirche müssen diese Dinge allgemein bekannt sein. Aber mit dem Zölibat geht man ebenso heuchlerisch um wie mit dem Fasten: Das Fleisch vom Fisch ist kein Fleisch und die Frau vom Pfarrer, über die man nicht redet, ist nicht die Frau vom Pfarrer.

Wir vergönnen Herrn Friedl sein Eheleben und den Enkeln seiner Frau den Opa. Aber zur Haltung der Kirche in dieser Frage fällt einem unwillkürlich ein alter Witz ein:

"Entweder konsequent oder inkonsequent und nicht einmal so und einmal so!"

Was konsequentenmäßig auch für viele zahlende Kirchenmitglieder gelten könnte. Nämlich: eh nix glauben und trotzdem Kirchensteuer zahlen? Das muss nicht sein!

1. Wiener Diözesanversammlung: Missionierung 2010

Vom 22. bis 24. Oktober 2009 wurde in Wien zur Vorbereitung der "Apostelgeschichte 2010" genannten Stadtmissionierung die 1. Wiener Diözesanversammlung abgehalten. 1,200 Geistliche und Laien hörten sich diesbezügliche Überlegungen an und tauschten sich darüber aus.

Schönborn: "Wir sind, besonders in Wien, gewaltig geschrumpft. Wir werden weiter schrumpfen (schon rein aus demographischen Gründen). Wir müssen Abschied nehmen von vielem, das uns lieb, wichtig, heilig war. Es wird vieles sterben. Wir müssen manches loslassen, was uns unersetzlich scheint. Gott liebt uns in dieser unserer Situa-

tion. Ja sagen auch zu dem, was wächst, was Förderung braucht, und was uns Gottes Weg in dieser Zeit zeigt. Trauen wir uns, gemeinsam hinzuschauen auf das, was wir loslassen müssen und das, was der Geist des Herrn uns für heute als neue Chancen zeigt."

Und: "Dass wir wenige sind, soll uns nicht schrecken. Jeder, der glaubt, steht für viele. Niemand glaubt für sich alleine, wie auch niemand für sich alleine lebt. Als aktive Minderheit in unserer Gesellschaft (und selbst unter den treu ihren Kirchenbeitrag leistenden Getauften), wird es immer wichtiger, dass wir das Prinzip „Stellvertretung“ leben und annehmen: Wir tragen im Glauben, in unserem Beten und Feiern viele andere mit: Sagen wir es ihnen auch gelegentlich! Wenn Du am Sonntag in die Kirche gehst und der Nachbar gerade Rasen mäht, sag ihm: 'Ich bete auch für dich!' 'Ich nehme deine Sorgen und Anliegen mit in die Messe! Ich gehe für dich!'"

Weiters: "Unsere Pfarren, Gemeinden, Gemeinschaften und kirchlichen Einrichtungen bilden ein großes Netzwerk der Nächstenliebe! Wir sind in einer spannungsreichen Situation: einerseits werden unsere Mittel und Möglichkeiten weniger, andererseits werden die Nöte und Herausforderungen größer. Je dünner die sozialen Netze werden, desto mehr ist unsere Phantasie der Nächstenliebe gefordert. Es ist beeindruckend, was hier in unseren kirchlichen Einrichtungen geleistet wird, von Ihnen allen! Die vielen kleinen Dinge, unscheinbare, gelebte Nächstenliebe. Und die großen Einsätze für Menschen in den verschiedenen Nöten. Das Ja zu unserem gesellschaftlichen Auftrag ist ein wesentlicher Teil unserer Mission."

Der Herr Schönborn ist erstaunlich optimistisch. Mit der christlichen Nächstenliebe hat er allerdings nur ein sehr kleines Feld zu beackern. Denn noch gibt es in Österreich gut funktionierende Einrichtungen, die von der Arbeiterbewegung erkämpft wurden. Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung, Sozialhilfe. Auch wenn sich die christliche ÖVP sehr darum bemüht, den Sozialstaat einzuschränken, auf dass es den Reichen noch besser gehe: Auf kirchliche Almosen werden in Österreich nur Kleinstgruppen angewiesen sein, diese Sorte von Nächstenliebe ist durch das staatliche Sozialrecht weitestgehend abgedeckt.

2010 soll in Wien eine Missionsaktion ablaufen. Werden davon die Menschen beeindruckt sein? Wenn dieser seltsame Nachbar, der als einziger von der ganzen Straße am Sonntag in die Kirche rennt, verkündet, für mich zu beten? Was stellt sich die Kirche vor? Dass ich dann meinen Hut hole und in die Kirche mitrenne? Oder in meine Wohnung gehe und die Bibel lese? Wenn ich mit Religion nix am Hut habe, wird mir das egal sein und der seltsame Nachbar wird mir noch komischer vorkommen.

Schönborn spricht gar von einer "Eine neue Epoche des Christseins" - da wird er vermutlich enttäuscht sein, wenn in der Missionswoche der Erzdiözese Wien (24. – 30. Mai 2010) keine nennenswerte Zahl von neuen Gläubigen gewonnen werden kann. Es ist nämlich nicht die Frage, ob die Kirche zuwenig missioniert (die Getauften haben ja eh alle eine schulische religiöse Grundausbildung), sondern dass kein inhaltliches Interesse besteht: Laut aktueller Umfrage sind z.B. die "Zehn Gebote" und das "Vater unser" nur noch für 13 % der Menschen von Bedeutung, an den auferstandenen Jesus glauben nach einer Umfrage von 2005 nur noch 28 %, also offenbar nur etwa 40 % der zahlenden Kirchenmitglieder! Die Menschen leben einen praktischen Atheismus und sind damit zufrieden. Zwingen kann man sie immer weniger (weil auch der soziale und familiäre Druck immer mehr verschwindet). Gott ist im Alltag fast tot, eine missionarische Wiederbelebung bedürfte einer entsprechenden Nachfrage, somit wird sich der Erfolg im Bereich der Missionsarbeit der "Zeugen Jehovas" bewegen! Und die haben für 20.000 Mitglieder mehr als 100 Jahre gebraucht ...

Schönborn bezeichnet die 2010er-Mission als "Wendepunkt der Hoffnung". Lässt er die Hoffnung fahren, wenn die Mission 2010 in die Hose geht?

Reform-Revisionist Ratzinger

Seinerzeit hatte unter Papst Johannes XXIII. die katholische Kirche versucht, in der heutigen Welt einen passenderen Platz zu finden. Das "Zweite Vatikanum" beschloss in den 1960er-Jahren eine Reihe von Reformen, die schon vor dem berühmten reformeifrigen 1968-Zeitalter einer sehr in der Vergangenheit beheimateten Institution etwas Leben aus der Gegenwart einhauchen sollten.

Eine der damals auffälligen Änderungen war die im Gefolge des Konzils erlassene neue Messordnung. Der Priester sprach nicht mehr Latein, sondern die jeweilige Landessprache, er kehrte sich dabei nicht dem Altar, sondern den Zuschauern zu.

Besonders traditionell ausgerichtete Katholiken gefiel das gar nicht, es gab im Gefolge sogar eine Abspaltung (Pius-Bruderschaft), die in alter Weise weitermachte. Papst Ratzinger ist diesbezüglich offenbar ähnlich eingestellt wie die Piusbrüder. Vorsichtig revidiert er deshalb Entscheidungen des Vatikanums. Die lateinische Messe hat er 2007 wieder zugelassen, seit 2008 kann sie auf Wunsch von Kirchgängern überall abgehalten werden. Inzwischen wurde sogar eine Lateinmessen-Lehr-DVD für Priester, die diese Art der Zelebrierung nimmer können, aufgelegt. Zurzeit wird im Vatikan an einer Rückabwicklung der Messreform gearbeitet. Der Präfekt der Gottesdienstkongregation, Kardinal Llovera, bestätigte in der letzten Oktoberwoche 2009 in einem Interview, dass an Vorschlägen zur "Reform der Reform" gearbeitet werde. Vor allem müsse in der Liturgie mehr "Ehrfurcht" vor Gott geweckt werden. "Die Liturgie muss immer in Richtung Gott ausgerichtet sein nicht in Richtung der Gemeinschaft. Es ist nicht die Gemeinschaft, die die Liturgie macht, sondern es ist Gott, der diese macht."

Zwei Fragen dazu: Müssen sich die Pfarrer jetzt - statt dem sündigen Kirchenvolk ins Gesicht zu schauen - wieder zum Altar umdrehen, weil dort ja im Tabernakel der katholische Gott haust? Wenn aber Gott eh selber die Liturgie macht, was mischt sich dann der Vatikan ein?

Spaßig dabei ist auf alle Fälle, dass es der großen Masse der europäischen Katholiken von Herzen wurscht sein wird, was sich die Gottesspezialisten in Rom ausdenken. Denn sie gehen ohnehin so gut wie nie in die Kirche. Z.B. daran zu erkennen, dass bei Hochzeits- oder Begräbnismessen sogar in kleinen Landpfarren mittlerweile die Kirchenbesucher oft mit Handzeichen angewiesen werden, wann sie aufstehen und sich wieder setzen sollen. Weil selbst dort die Pfarrer schon wissen: bei solchen Messen mit Zufallpublikum ist der Großteil der Leute mit Liturgie und Messordnung überhaupt nicht vertraut.

Die Revision der Reform der 1960er-Jahre trifft also in der Realität nur auf kleine Teile der Mitgliedschaft. Dem Großteil wird es egal sein, wo der Pfarrer hinschaut und ob er auf Deutsch, Latein oder Aramäisch ritualisiert. Weil man ja sowieso nicht in die Kirche kommt!

Wir würden Ratzinger vorschlagen, auch die verpflichtende Ohrenbeichte wieder einzuführen und die zurzeit fast totgeschwiegenen Jesusworte über die "ewige Verdammnis" mit Heulen und Zähneknirschen im ewigen Feuer in der Verkündigung wieder regelmäßig einzusetzen. Vielleicht hätten dann die Leute endlich mehr "Ehrfurcht", wenn ein fürchterlicher Gott entsprechende Angst verbreitete? Wär doch eine lohnende Anregung!

Schulkreuze verletzen Menschenrechte! (Version v. 8.11.)

Kreuze in Klassen staatlicher Schulen verletzen die Religionsfreiheit der SchülerInnen und ihrer Eltern. Denn den Eltern wird damit die Freiheit genommen, ihre Kinder nach ihren weltanschaulichen Überzeugungen zu erziehen, das verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg am 3. November 2009 in einem einstimmigen Urteil festgestellt. Die Italienerin Soile Lautsi hatte 2001 verlangt, dass ihre Kinder in Räumen ohne religiöse Symbole unterrichtet werden, dann geklagt, durch alle Instanzen prozessiert und jetzt gewonnen. Frau Lautsi ist Mitglied in der UAAR (Unione degli Atei e Agnostici Razionalisti, Union der rationalistischen Atheisten und Agnostiker).

Der italienische Staat will Einspruch gegen das Urteil einlegen. Wenn die Berufung nicht akzeptiert wird, ist das Urteil innerhalb dreier Monaten gültig. Das Ministerkomitee des Europarates muss dann innerhalb von sechs Monaten entscheiden, welche Maßnahmen die italienische Regierung zu setzen hat. Das Urteil hätte also zunächst nur Auswirkungen auf Italien. In anderen Staaten, wo durch Konkordatsverträge ebenfalls ähnliche staatliche Verpflichtungen eingegangen worden waren, müssten ebenfalls entsprechende Klagen eingebracht werden.

Wenn das Urteil hält, gibt es diese KLAGE mit Sicherheit AUCH IN ÖSTERREICH! Auch die ÖVP-Kreuze in den Linzer Kindergärten sehen dann ihrem Ende entgegen!

Dazu bezogen die österr. Freidenker- und Atheistenvereine am 4.11. in einer Aussendung Stellung. Zu den Aussagen des nö. LH Pröll, er würde diesbezügliche Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ignorieren, wurde am 5.11. eine weitere Aussendung versandt.

Zwischenresümee am 8.11.09:

Die öffentlichen Diskussionen in Zeitungsleserbriefen, in Internettexen zeigten einerseits den Eifer der religiösen Aktivisten, die Pfarrgemeinderäte und ÖVP-Funktionäre hatten wieder alle Finger auf den Tastaturen, aber auch Stellungnahmen der säkularen Kräfte konnten wahrgenommen werden: Leserbriefe aus dem Bereich unserer Allianz erschienen im STANDARD und in den OÖNachrichten, Christoph Baumgarten vom Freidenkerbund diskutierte im Kurier mit Alt-ÖVPLer Andreas Khol und trat in der Puls4-Sendung "Talk of Town" auf.

Recht herzlich können wir den Religiösen zu ihren Bündnispartnern Strache & FPÖ gratulieren, das haben sie sich verdient!

Hoch das Menschenrecht auf Religionsfreiheit! Für die Trennung von Staat und Religion!

Die Christenhand greift zu!

Eine Organisation, die sich gerne auf "Traditionen" beruft, hat seit einiger Zeit große Probleme mit ihren eigenen Traditionen. Deutschnationale Organisationen entstanden in Österreich im 19. Jahrhundert, der damalige "Strache" hieß *Georg von Schönerer*, die seinerzeitige FPÖ *Alldeutsche Partei*. Im Jahre 1900 trat Schönerer mit seinem Sohn aus der katholischen Kirche aus und in die evangelische ein. Die deutschnationale "Los-von-Rom-Bewegung" propagierte Kirchengaus- oder -übertritte. Die Zahl der Kirchengausstritte in dieser Zeit wird auf 50.000 geschätzt, wobei eine deutliche Parallellität zwischen der regionalen Stärke der *Alldeutschen Partei* und den Kirchengausstritten zu sehen war. Die österreichischen Liberalen hatten mit den Deutschnationalen bei der Ausformung des Staatsgrundgesetzes von 1867 gegen den massiven Widerstand der katholischen Kirche das Grundrecht auf Religionsfreiheit durchgesetzt.

Heute ist das anders. Kreuzwächler HC Strache und die FPÖ wollen die Christenhand wieder nach dem Abendland greifen lassen.



Als jetzt im erstinstanzlichen Urteil des **Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte** die zwangsweise Anbringung von Kreuzen in Schulzimmern als menschenrechtswidrig aufgehoben wurde, war zuerst das Toben der katholischen Kirche und der ÖVP zu vernehmen, nun aber hat sich auch die Strache-FPÖ gegen ein säkulares Staatswesen und gegen die Menschenrechte der Ungläubigen in die Schlacht geworfen. In Zeitungsinserten am 8.11.09 wird die Verlängerung des öffentlichen Kreuzeszwanges propagiert.

Strache versucht, sich als großer Kämpfer für ein **Abendland in Christenhand** zu inszenieren.

Ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs ermöglicht (durch eine fragwürdige Auslegung der Menschenrechtskonvention) die Beseitigung von Kreuzen aus unseren Schulen. Aus Sicht der Europa-Richter sind Kreuze diskriminierend...

Mit Inkrafttreten der zentralistischen EU-Verfassung mit ihren problematischen "Antidiskriminierungsrichtlinien" wird der Europäische Gerichtshof auch für solche Fragen zuständig.

SPÖ und Grüne unterstützen den Unfug, die Bundes-ÖVP schweigt feige.

Nur die FPÖ sagt:

- Ja zur Erhaltung unserer Traditionen und Werte**
- Selbstbewusstsein statt falscher Toleranz**
- Nein zu Globalisierung und Einheitskultur**

Die Forderungen der FPÖ sind extrem seltsam:

- ▶ Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat mit der EU-Verfassung nichts zu tun, aber mit der Europäischen Menschenrechtscharta, die von Österreich (aber nicht vom Vatikan) unterzeichnet wurde.
- ▶ Zur Tradition der FPÖ gehörte das Christentum die meiste Zeit nicht, in der österreichischen Tradition hat das Christentum eine negative Rolle gespielt (man denke nur an die Bauernkriege, an die Gegenreformation, an die Herrschaft von *Thron und Altar* und den Klerikalfaschismus).
- ▶ Was hat ein Kreuzeszwang in öffentlichen Einrichtungen mit Selbstbewusstsein zu tun? Wessen Selbstbewusstsein soll da gefördert werden? Das vom Schönborn und vom Papst? Den Schulen Kreuze aufzuzwingen: ist das die "richtige" Toleranz?
- ▶ Mit Globalisierung hat der Kreuzeszwang schon gar nichts zu tun, in den USA z.B. sind Schulkreuze verfassungswidrig. Und eine typische "Einheitskultur" ist ja gerade eine solche mit den Zwangsverkreuzigungen! Die christliche Tradition, auf die sich Strache und FPÖ berufen, wurde am besten zu den Zeiten der Herren Dollfuß und Schuschnigg vertreten. Zumindest erhielten diese Herren und ihre *Christlichsozialen* damals aus dem Vatikan allerhöchstes Lob.

Ob der Papst Strache jetzt zum Kreuzritter schlagen wird?

Wir fordern daher für öffentliche Gebäude:

Das Kreuz muss weg, wo es hängt!

ÖVP im Kampf gegen Menschenrechte für Atheisten

Wohl weil die Strache-FPÖ in Inseraten verlautbarte, die ÖVP schweige feige zum erstinstanzlichen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bezüglich der Schulkreuze, legte man nun dort entsprechend

nach. Wäre ja doch gelacht, wenn die Nachfolgepartei der Christlichsozialen, die in ihren Parlamentsräumen immer noch das Bild vom Dollfuß hängen hat, ihre Christenhand nicht noch deutlicher als die FPÖ gegen Rechte von Atheisten erheben könnte.

Aus einer Aussendung der katholischen Presseagentur:

Als "völlig abgehoben und offenbar ideologisch motiviert" bezeichnete ÖVP-Menschenrechtssprecher Abg z NR Wolfgang Großruck am Montag (= 9.11.09) das Kreuz-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs. "Das Urteil widerspricht der herrschenden rechtswissenschaftlichen Lehre: Religionsfreiheit ist das Recht auf Religion und Religionsausübung und nicht - wie in früheren kommunistischen Staaten - eine staatliche Vorgabe, die Bürger von Religion zu 'befreien'. Weiters widerspricht es auch der geschichtlichen Grundlage der europäischen Werte". Das Urteil beschädige die Reputation des dem Europarat zugeordneten Menschenrechtsgerichtshofs nachhaltig, wenn quasi ein "Menschenrecht auf Freiheit von religiösen Symbolen" erfunden wird, sagte der Menschenrechtssprecher.

Außerdem stehe das Urteil im Gegensatz zu Artikel 10 der Grundrechtecharta der Europäischen Union, die mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. "Schon die Präambel des Vertrags von Lissabon bezieht sich auf das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas. Mit diesem Urteil wurde der europäischen Idee eine schlechter Dienst erwiesen".

Auch der VP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Ernst Strasser, äußerte sich negativ über das Straßburger Urteil. Das Kreuz sei "ein Symbol für die europäische Wertegemeinschaft", betonte Strasser. Er habe kein Verständnis für das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs. Das Kreuz stehe nicht im Widerspruch zur Religionsfreiheit, es stehe vielmehr für Toleranz, die Unteilbarkeit der Menschenwürde und Vergebung.

Wörtlich sagte der Europarlamentarier: "Ich verfolge diese Diskussion in vielen Ländern der Europäischen Union mit Sorge. Denn es entsteht der Eindruck, dass Europa - und hier wird nicht zwischen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und der EU unterschieden - die Identität der Menschen in Frage stellt. Eine völlig unnötige und kontraproduktive Diskussion - ist doch das Kreuz ein Symbol für jene Werte, die uns in Europa einengen".

ÖVP-Vizekanzler Josef Pröll im Kurier vom 11.11.:

Pröll: "Das Kreuz bleibt" - Wenn der Staat religiöse Symbole verbannt, würde er für den Atheismus Partei ergreifen.

"Ich halte dieses Urteil für absolut verfehlt. Es ist pervers, Religionsfreiheit so zu interpretieren, dass es ein individuelles Recht für Atheisten und Religionskritiker gäbe, im öffentlichen Raum vom Anblick religiöser Symbole "befreit" zu sein. Wenn der Staat religiöse Symbole verbannt, ist er nicht neutral, sondern nimmt Partei für den Atheismus. Das kann ich nicht akzeptieren."

Kann dieses Urteil Rechtsfolgen in Österreich haben?

"Die Lage ist rechtlich eindeutig: Durch das Religionsunterrichtsgesetz und das Konkordat besteht die völkerrechtlich verankerte Pflicht, in Schulklassen mit einer Mehrheit christlicher Schüler Kreuze anzubringen. Das wird so bleiben.

(soweit Pröll)

In der Bibel steht (Matthäus, Kapitel 5, 38-40) "Ihr habt gehört, dass da gesagt ist 'Auge um Auge, Zahn um Zahn'. Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Übel; sondern, wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dem biete die andere auch dar. Und wenn jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem lass auch den Mantel".

Bei Sonntagspredigten suhlt sich die katholische Kirche sehr gerne in diesen frommen Worten über die Feindesliebe. Das Dumme dabei ist nur, dass die katholischen Kirche und ihre weltlichen Außenstellen diese Worte noch niemals haben Praxis werden lassen. Sie halten keine andere Backe hin, wenn sie sich einmal einen Streich einfangen, sie dreschen mit ihren Christenfäusten wild um sich.

Die Atheisten verlangen nicht, dass sie von der katholischen Kirche geliebt werden, die gegenseitige Abneigung ist schließlich sachlich begründet. Das Kreuz als Symbol der Toleranz zu deklarieren, es als "pervers" zu bezeichnen, wenn Atheisten in öffentlichen Gebäuden keine religiösen Herrschaftszeichen haben wollen, das ist wirklich pervers. Mit der Entfernung von Kreuzen aus Kindergärten, Schulen und Gerichtssälen nähme der Staat selbstverständlich nicht Partei für den Atheismus. Atheisten verlangen ja nicht, dass statt des Kreuzes Bilder von Ludwig Feuerbach oder Richard Dawkins oder der Marxsche Text vom "Opium des Volkes" hingehängt würden. Wir wollen hier nur, was sogar in der Bibel steht (Markus 12, 17): Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und gebt Gott was Gottes ist.

Staatliche Kindergärten, Schulen und Gerichtshöfe sind sicherlich nicht Dinge Gottes. Und in den Kirchen hängen ja auch keine staatlichen Bundeswappen.

Schönborn: Total fürs Kreuz

Mit ganz schwerem Geschütz versuchte der österreichische Katholikenchef Schönborn bezüglich des Urteils des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes gegen gesetzliche Schulkreuzverpflichtungen aufzufahren: Er fühlt sich "schon ein wenig erinnert an die religionsfeindlichen totalitären politischen Systeme des 20. Jahrhunderts".

Die Nazis kann er damit nicht gemeint haben. Dort wurde zwar 1941 vom bayrischen Gauleiter Wagner die Entfernung der Schulkreuze angeordnet, man zog dies aber nach katholischer Empörung wieder zurück. Entfernung von politischen Gegnern oder Juden, das hatte die katholische Kirche zu keinen Protesten veranlasst, aber das katholische Schulkreuz, das musste bleiben! Die katholische Kirche schloss auch den Herrn Hitler nie aus ihren Reihen aus und die Geistlichen beteten für den Führer und den Sieg der deutschen Waffen.

Gemeint hat Schönborn sicherlich auch nicht die Diktaturen in Italien, Spanien, Portugal, Österreich, Kroatien usw., weil die waren alle kirchenfreundlich bis klerikalfaschistisch, dort waren die Kreuze totalitär festgemauert.

Also bezog sich diese Ansage Schönborns ausschließlich auf die kommunistisch regierten Staaten. Dort bestand zumindest eine bis ins Letzte durchgeführte Trennung von Staat und Religion, also keine Schwörerei "so wahr mit Gott helfe" und keine Kreuze in Kindergärten und Schulen. Aber nicht einmal der sowjetische Staat verlangte, dass Kirchenaltäre Hammer und Sichel zu tragen hätten. Selbst dort hielt man sich also an die Bibel, Markus 12, 17: "Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und gebt Gott was Gottes ist".

Aber in Staaten, wo man über Jahrhunderte als katholische Kirche eine erbarmungslose Diktatur ausüben konnte, dort gilt Markus 12,17 nicht. Da sind auch Gerichtssäle, Kindergärten und Schulklassen dem Bezugsbereich des katholischen Gottes ausgeliefert. Schönborns totalitärer Vergleich lässt sich somit auch so interpretieren, dass Österreich in bestimmten Bereichen immer noch ein Gottesstaat ist.

Selbst Univ.-Prof. Dr. Ulrich Körtner, Vorstand des Instituts für Systematische Theologie und Religionswissenschaft der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Wien nennt den Ausspruch Schönborns eine "bedauerliche Entgleisung" und sieht seitens des Kardinals ein "etwas problematisches Verhältnis zum modernen Rechtsstaat". Körtner vermutet, die katholische Kirche bausche die Sache künstlich auf, um zu zeigen, dass die katholische Kirche noch das Sagen habe.

In der ZiB2 vom 13.11.09 sieht dann Schönborn gar noch "gut 90 Prozent Anhänger der einen oder anderen Religion". In Österreich dürften schon zwischen 1,5 und 2 Millionen Menschen konfessionslos sein, also gehen sich bei gut acht Millionen Einwohnern längst keine 90 % Kirchenmitglieder mehr aus!

Schönborn ist jedenfalls total dafür, dass in diversen staatlichen Anstalten das Triumph- und Herrschaftszeichen der katholischen Religion zu hängen habe, Anders- und Ungläubige hätten diesen Gesslerhut zu respektieren.

Das vorläufige Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes war sicherlich ein Streich auf die rechte Backe der katholischen Kirche. Dabei stünde diesbezüglich eigentlich geschrieben, (Mt.5,39) "Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Übel, sondern, wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dem biete die andere auch dar".

Doch noch niemals hat die katholische Kirche die andere Backe dargeboten. Dabei wäre es diesmal so leicht gegangen. Man hätte als "andere Backe" die Entfernung der Kreuze aus den Gerichtssälen anbieten können.

Aber sowas kann man nur im Scherz sagen. Denn die diesbezüglichen Worte des HERRN gelten nur für die Sonntagspredigt. Unter der Woche bietet man keine andere Backe an, sondern drischt wild um sich, wenn Privilegien in Gefahr zu geraten scheinen. Amen.

Club 2: Wer braucht das Kreuz?

Am 18. November 2009 wurde zum Urteil des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* gegen die zwangsweise Anbringung von Kreuzen in Schulklassen vom ORF ein Club 2, geleitet von Werner Schneyder, abgeführt.



Der ORF hatte versucht, Schönborn oder einen anderen hochrangigen Vertreter der katholischen Kirche für diesen Diskussionsabend zu gewinnen. Vergebens. Die Kirchenführer waren offenbar zu feig, ihre extremistischen Positionen (Urteil sei "nicht akzeptabel", erinnere an "totalitäre Systeme") in einer öffentlichen Diskussion zu verantworten.

Man entsandte zwei Vertreter: Christine Mann vom *Interdiözesanen Amt für Unterricht und Erziehung* und Johannes Huber, ehemaliger Vorsitzender der Bioethikkommission, Mediziner und Theologe. Also eine Vertreterin aus dem mittleren katholischen Management und einen Laien, der sich problemlos von den unsäglichen Schönbornsagern distanzieren konnte. Die beiden Katholiken gaben sich betont freundlich, mühten sich aber natürlich ab, das Kreuz als über den Weltanschauungen stehend oder als Ausdruck der Ansichten der Bevölkerungsmehrheit zu positionieren. Den Mediziner plagte ständig die Psychologie, geradeso als stünde psychisches Kreuzverlangen über den Menschenrechten. Als religiöse Vertreterin war noch die islamische Religionslehrerin Monika Troschl anwesend, die für die Schulkreuze eintrat.



Säkulare Sichten vertraten (v.l.n.r.) der Verfassungsjurist Heinz Mayer, Heide Schmidt vom *Institut für eine Offene Gesellschaft* und unser Freund Niko Alm von der *Giordano Bruno Stiftung Österreich*.

Heinz Mayer kritisierte die Äußerungen von Schönborn zum Urteil und stellte klar: Der Gerichtshof habe festgestellt, dass im öffentlichen Bereich der Staat neutral zu sein habe, in Schulklassen finden keine religiösen Handlungen statt, daher wird auch die Glaubensausübung durch eine Kreuzentfernung nicht eingeschränkt. Ähnlich äußerte sich auch Heide Schmidt, die auch noch besonders darauf hinwies, dass die christlichen Traditionen überwiegend negativ zusehen sind. Beide meinten sie auch, dass Demokratie und Menschenrechte gegen das Christentum und sein Kreuz erkämpft werden mussten.

Niko Alm, im Sommer durch die No-God-Plakatkampagne bekannt geworden, äußerte, die katholische Kirche akzeptiere den Staat nicht, sie toleriere ihn nur und wies ebenfalls auf einschlägige Geschichtsereignisse hin. Er versuchte auch das Thema Religionsunterricht einzubringen, indem er dessen Ersatz durch einen neutralen Religionskundeunterricht vorschlug.

Im Ergebnis muss man sagen, dass die Kirchenvertreter bemüht waren, um Grund- und Freiheitsrechte herumzureden und die Dominanz der Kirchen und ihrer Ansprüche heftig verteidigten. Dass die oberste Kirchenführung vor dieser Diskussion gekniffen hatte, war eigentlich wenig überraschend. Man traut sich zwar salbungsvoll zu predigen oder heftige Attacken zu reiten, aber sich dazu einer Diskussion zu stellen, dazu ist man schlichtweg zu feig, denn man weiß, dass man dabei leicht den Kürzeren ziehen kann! Da zieht es ein Schönborn vor, lieber unbehelligt zu bleiben und weiter (wie der Dalai Lama) frohgemut in die Gegend zu grinsen ...

Österreichs AtheistInnen und HumanistInnen zeigen sich entsetzt von FPÖ-Rassismus

"FPÖ schreibt offenbar an den Protokollen der Weisen von Bagdad"

Wien - Österreichs atheistische und humanistische Organisationen zeigen sich entsetzt über die rassistische Hetze, die laut einer Reportage der Info-Illustrierten News im Freiheitlichen Bildungsinstitut betrieben wird. Finanziert mit Steuergeldern versuche man dort, religiöse Vorurteile zu legitimieren und Verschwörungstheorien zu verbreiten um kurzfristige politische Erfolge zu erzielen. "Das hat mit Religionskritik, wie wir sie betreiben nichts zu tun. Davon distanzieren wir uns klar und deutlich."

"Muslime lügen uns täglich ins Gesicht - das ist ihre religiöse Pflicht." "Wir alle fühlen uns unwohl in der Gegenwart von Muslimen." "Einmal Türkei, immer Türkei." "Muslimische Burschen sorgen dafür, dass sich nichtmuslimische Mädchen in sie verlieben, nur damit sie konvertieren." "Das Endziel der Muslime ist, dass die ganze Welt zum Islam übertritt. Und das steuern sie über Einwanderung und Geburtenrate." Zitate aus einer FPÖ-"Bildungs"veranstaltung, die die Info-Illustrierte News in ihrer aktuellen Cover-Geschichte verwendet. Eine Reporterin des Magazins hatte sich mehrere Wochen lang in ein Seminar des FPÖ-Bildungsinstituts zum Thema Islam eingeschlichen.

"Bei aller Vorsicht gegenüber Medienberichten: Wenn nur die Hälfte davon stimmt, ist das rassistische Hetze übelster Sorte", zeigen sich die Vorsitzenden Österreichs atheistischer und humanistischer Organisationen, Theo Maier (Freidenkerbund), Karl Linek (AHA), Erich Eder (AG-ATHE) und Niko Alm von der Giordano-Bruno-

Stiftung entsetzt und entrüstet. "Die Diffamierungen und Verschwörungstheorien der zitierten selbsternannten Expertin sind derart absurd, dass man lachen müsste, wenn das Ganze nicht so ernst wäre und nur eine kleine Splittergruppe erfassen würde. Aber die FPÖ macht mit diesen rassistischen Hetzreden seit Jahren Politik." Vor allem die Theorie, dass es einen muslimischen Plan gebe, die Weltherrschaft zu erringen, gemahne an historische Vorbilder. "Das erinnert stark an die Protokolle der Weisen von Zion. Mit diesen Fälschungen ist das halbe 20. Jahrhundert gegen Juden gehetzt worden. Die FPÖ hat ein neues Feindbild gefunden und versucht sich jetzt offenbar an den Protokollen der Weisen von Bagdad. Man darf gespannt sein, wann das Buch dazu herauskommt." Der berühmte "Kampf der Wiegen" etwa werde nicht wahrer, wenn er dauern wiederholt wird. "An sämtlichen Statistiken sieht man ganz klar, dass muslimische Frauen weniger Kinder bekommen, sobald sie Zugang zu Wohlstand und Bildung haben. Das trifft übrigens auf Frauen jeglichen Religionsbekenntnisses zu."

"Mit Religionskritik hat das nichts zu tun"

"Wie jede andere Religion auch ist der Islam in all seinen Spielarten kritikwürdig. Dem wollen wir uns als atheistische und humanistische Organisationen gerne stellen und Missstände aufzeigen", sagen Maier, Linek, Eder und Alm. "Nur muss man ganz klar unterscheiden zwischen der Religion und ihren Angehörigen. So wie nicht jeder Katholik sich wie der Vatikan weigert die Europäische Menschenrechtskonvention anzuerkennen, so wie nicht jeder Baptist die ganze Welt missionieren will, so will auch nicht jeder Sunnit die Herrschaft über Europa anstreben und so will auch nicht Schiit alle Sunniten zu Konvertierung zwingen bzw. umgekehrt."

(Aussendung der österr. Atheisten- und Freidenkervereine vom 26.11.2009)

Christenhandgreiflichkeiten

Die Strache-Partei schreitet immer weiter fort. Offenbar ist das ein weiterer Zugriff der "Christenhand". Vielleicht sollte die FPÖ die Einführung einer Inquisition für das 21. Jahrhundert fordern: Man haeue Muslime aufs Haupt und treibe die Leute wieder in die Kirchen, bis das Abendland wieder an der Christenhand festgenagelt ist. Schließlich ist nach Francos Tod 1975 das letzte klerikalfaschistische Regime in Europa zusammengebrochen und es schon 75 Jahre her, dass Österreich letztmalig in den Würgegriff der Christenhand gelangte.

Hinweis: Wiederbetätigung für den Hitlerismus ist in Österreich verboten und strafbar.

Die Betätigung für die Weltanschauung der Dollfüße, Schuschnigge und Innitzers steht frei.

Darum ein kostenfreier Zusatztipp für die FPÖ: Gründet eine Engelbert-Dollfuß-Gebetsliga!

Denn der war 100%ig für ein Abendland in Christenhand!

Ohne Ironie: Natürlich bedarf auch der Islam dringend gründlicher Religionskritik! Aber das ist nicht dasselbe wie der Kreuzzug des Herrn Strache und seiner FPÖ-Ritter!

Schweiz: 57,5 % gegen Minarette

Am 29. November 2009 lief in der Schweiz eine von der rechtspopulistischen *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) initiierte Volksabstimmung mit dem Ziel in der Schweiz in Hinkunft die Errichtung von Minaretten zu untersagen. Alle anderen Parteien waren gegen diese Initiative, die Umfragen sagten eine deutliche Ablehnung voraus.



bedrohlich das Abstimmungsplakat, schwarz verhüllte Islamistin und Minarette als Raketen

Bei einer für Volksabstimmungen hohen Wahlbeteiligung von 55 % stimmten jedoch 57,5 % für das Minarettverbot. Was soll man dazu sagen?

Die Initiatoren stehen ungefähr auf derselben Ebene wie in Österreich die FPÖ. Die FPÖ agiert ebenfalls gegen den Islam, allerdings in Manier eines christlichen Kreuzzuges. **Der Unterschied zwischen Christentum und Islam ist jedoch nur ein zeitlicher**, es besteht sozusagen religiöse Ungleichzeitigkeit.

Das europäische Christentum musste sich notgedrungen in der täglichen Praxis und den offiziellen Anschauungen doch von einem beträchtlichen Teil ihrer furchtbaren Vergangenheit lösen. Hexen- und Ketzerverbrennungen sind längst abgeschafft, Kirchenaustritte müssen geduldet werden, kirchliche Vorschriften sind größtenteils aus dem

Rechtssystem verschwunden, die Dominanz der Religion über den säkularen Staat blieb auf einige Aspekte beschränkt.

Im Vergleich dazu liegen die Hauptströmungen des Islam immer noch irgendwo zwischen der mittelalterlichen Inquisition und dem Klerikalfaschismus.

Was in Staaten, in denen die Aufklärung die religiöse Herrschaft einschränkte, das bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetzbuch sind, ist in den islamistischen Staaten immer noch das religiöse "Recht" der Scharia. Religiös aktive Muslime in Europa orientieren sich in erheblichem Ausmaß an diesem voraufklärerischen Wertesystem.

Z.B. wurden Todesurteile oder sonstige hohe Strafen in islamistischen Staaten gegen Menschen, die vom muslimischen Glauben abfallen, auch von der österreichischen Islamgemeinde bisher nie verurteilt, sondern diesbezügliche Fragen mit dem Hinweis, in Österreich könnten Muslime ungestraft die Religion wechseln (nona!) unbeantwortet gelassen. In den OÖNachrichten vom 30.11. äußerte sich ein Leitartikler besorgt, die Schweiz könne nun zum Ziel terroristischer Angriffe werden. Die Befürchtung, dass islamistische Bombenwerfer für die Minarett-"freiheit" auftreten könnten, spricht nicht für den Islam, sie zeigt jedoch eine nicht unübliche negative Meinung über ihn. Auch außerhalb bürgerlicher Zeitungsredaktionen ist sie verbreitet.

Wenn man in Österreich sich ein bisschen umhört, wird man schnell zur Überzeugung kommen, dass auch hier in weiten Kreisen der Bevölkerung großes Unbehagen über und zunehmende Ablehnung gegen die Ausbreitung islamistischer Zeichensetzungen besteht. Eine ähnliche Volksbefragung würde vermutlich auch hierzulande zu einem ähnlichen Ergebnis führen.

Man sollte solche Entwicklungen ernst nehmen. Moralische Forderungen nach religiöser Toleranz werden kaum ankommen, weil dem Islam die Eigenschaft, selber tolerant zu sein, wohl von vielen Menschen nicht zugebilligt werden wird.

Anzumerken könnte sein:

Die Ausübung der muslimischen Religion ist auch ohne Minarette gewährleistet. Genauso wie die Ausübung der christlichen Religion ohne Kreuze in Kindergärten, Schulen und Gerichtshöfen gewährleistet wäre. Ein Bedarf für einen Kulturkampf wie ihn in Österreich die FPÖ forciert, also Kampf von Christen gegen Muslims, besteht nicht. Aber ein Bedarf nach **mehr Säkularismus**, nach einer Eindämmung religiösen Einflusses besteht durchaus.

Öffentliche religiöse Signalsetzungen wie Kreuze in weltlichen Einrichtungen oder muslimische Türme in nicht-muslimischen Ländern erscheinen durchaus als entbehrlich. Ein Weniger an religiösen Duftmarken verbessert das weltliche Klima! Wegen so einer Position ist man sicher noch kein Fan von SVP oder FPÖ. Oder?

Freiheit für Minarette - Tod für Atheisten?



Dieser Tage wurde im Iran Ehsan Fattahian, ein junger Atheist, wegen seiner Weltanschauung hingerichtet. Dass sich irgendwo in Europa eine Islamorganisation zu dieser entsetzlichen Verletzung des grundlegendsten aller Menschenrechte, nämlich des Rechtes auf Leben, kritisch geäußert hätte, ist nicht geschehen. Andererseits fanden es in Österreich die drei Freidenker- und Atheistenvereine für angebracht, sich gegen das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung vom 29.11.2009 und für den Minarettenbau in der Schweiz stark zu machen, zum ermordeten Gesinnungsfreund im Iran gab es keine Stellungnahme.

Im Vergleich mit der Geschichte des christlichen Europas kann man die Verhältnisse in den verschiedenen Islamstaaten irgendwo zwischen Mittelalter, Antimodernismus und Klerikalfaschismus einordnen. Atheisten werden sich nicht für die heilige Inquisition, den katholischen Kampf gegen den "Modernismus" (d.h. gegen jede liberale Entwicklung) oder das Streben nach religiöser Vorherrschaft im Staate einsetzen. Aber die kritische Auseinandersetzung mit dem Islam, der die hier angeführten seinerzeit bei uns herrschenden Ausformungen von Religion weitgehend immer noch präsentiert, die darf es anscheinend auch unter Atheisten nicht geben. Weil die Religionsfreiheit - offenbar egal wo, für was und für wen - ist ganz was Heiliges.

Zwar war es für die österreichischen Ungläubigen schon ein großes Problem, in Wien drei (!!!) "No-God"-Plakate aufhängen zu dürfen, aber wir müssen für mögliche Probleme, die Schweizer Muslime bei der Errichtung von Minaretten haben werden, die Stimme erheben! Weil wenn wir mithelfen, ein "Menschenrecht auf Minarette" in die europäische Menschenrechtscharta zu schreiben, dann bekommen wir vielleicht sogar das Recht, Plakate aufhängen zu dürfen, ohne dass darüber nachgedacht wird, ob das nicht verboten gehört, weil dadurch religiöse Gefühle verletzt werden könnten (strafbar nach § 188 StGb).

Ob es nicht sein kann, dass atheistische Gefühle durch die Atheisten-Solidarität mit muslimischen Türmen verletzt worden sind? Das ist zwar nicht strafbar, aber vielleicht sollten die führenden Funktionäre der Ungläubigenverbände darüber nachdenken ...

Anm.: diese beiden letzten Beiträge waren wegen ihrer "islamophoben" Ausrichtung Anlass für Auseinandersetzungen im Verein "Allianz für Humanismus und Atheismus", der die Domain "atheisten.at" innehat, die dazu führten, dass ich meine Mitarbeit dort vollständig eingestellt und auf der neuen privaten Homepage fortgesetzt habe. Erwin Peterseil